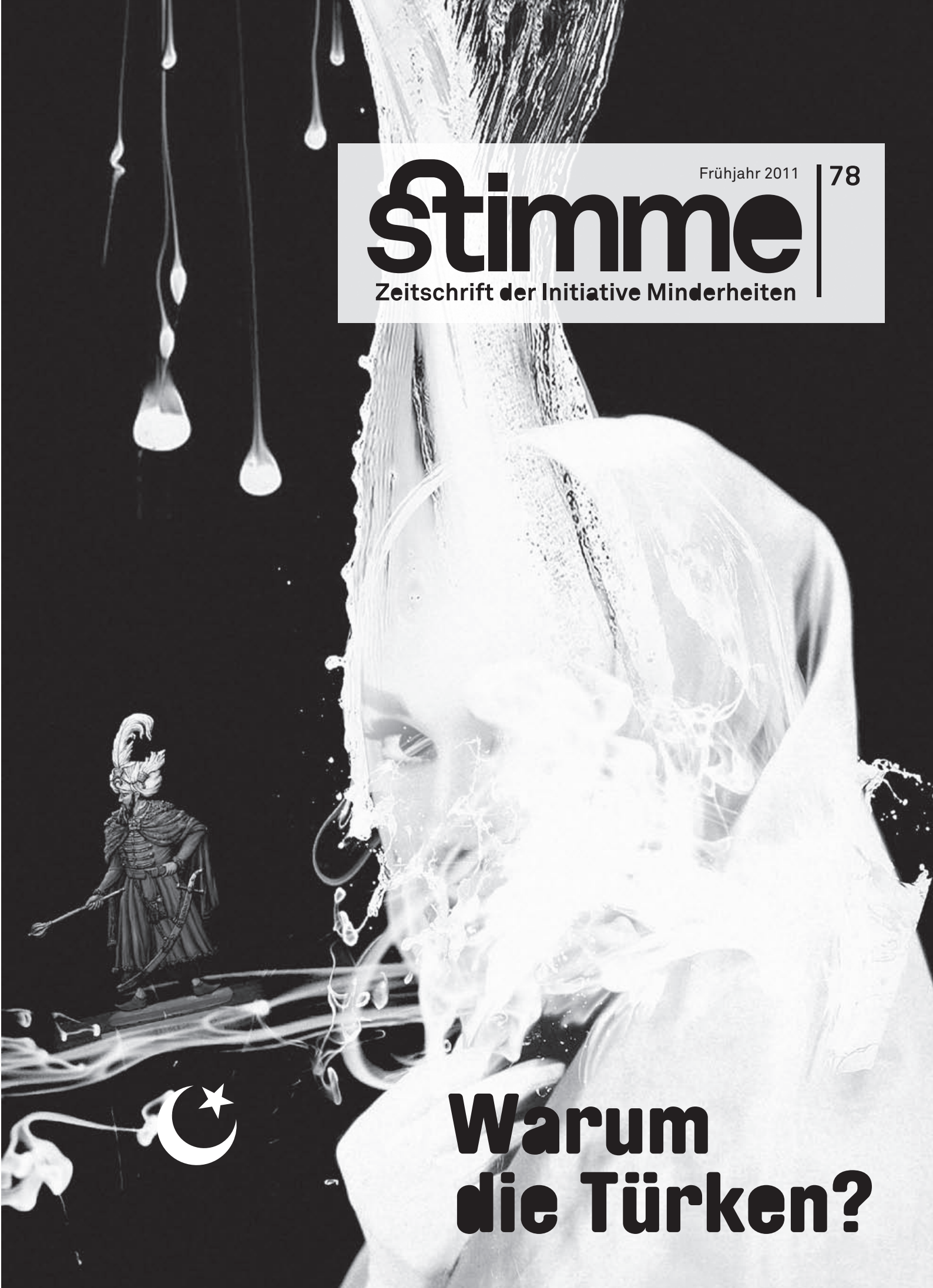
Frühjahr 2011 | 78

stimme

Zeitschrift der Initiative Minderheiten



Warum die Türken?

FRAUENTAG, AUCH NÄCHSTES JAHR?

Heuer jährt sich der Weltfrauentag zum 100. Mal. Das ist eine denkwürdige runde Zahl. Sie bietet Gelegenheit, über die Frage nachzudenken, warum es immer noch eines besonderen Tages bedarf, um weltweit Rechte, Chancen sowie soziale und politische Teilhabe von Frauen ins öffentliche Bewusstsein zu heben; um sichtbar zu machen, dass in all diesen und anderen Bereichen eine Kluft der Ungleichheit Frauen von Männern trennt – auch in den auf Gleichheit und Rechtstaatlichkeit pochenden Ländern wie Österreich. Die Gewalt gegen Frauen ist nach wie vor Realität, und vielerorts leben zahlreiche Frauen unter dem Existenzminimum. Der Frauentag ist vor allem eine Gelegenheit für uns Männer, den eigenen Anteil an dieser strukturellen Ungleichheit zu erkennen, bezüglich unserer Privilegien mit uns selbst ins Gericht zu gehen, daraus Schlüsse zu ziehen und zu handeln.

Klingt das nach einem Musterschüler, der seine Lektion gut gelernt hat und bei Lehrerinnen Eindruck schinden will? Mag sein. Es ist indes die Überzeugung eines Mannes, der strukturelle, also systematische, dauerhafte und kollektive Ungleichheit nicht als „Problem anderer Leute" kennen gelernt, sondern am eigenen Leib erfahren hat und (wenn auch in gemilderter Form) weiter erfährt. Bei allen Vorteilen, die ich gegenüber vielen anderen MigrantInnen und Flüchtlingen genieße, habe auch ich als Zuwanderer in Österreich Bekanntschaft mit Ausschluss, Benachteiligung und verbaler Diskriminierung gemacht. Das alles von innen zu kennen, sensibilisiert – auch für die kritische Wahrnehmung der eigenen Rolle in jenen Konstellationen, in denen man dann selbst auf der Seite der Bevorteiligten steht. Darum sehe ich es als meine Aufgabe an, gegen Diskriminierung und Ungerechtigkeit zu handeln.

Das denkt anscheinend auch Innenministerin Maria Fekter von sich, da sie unlängst in der ORF-*Pressestunde* eine Kausalität zwischen der österreichischen Zuwanderungspolitik und der Emanzipation potenzieller Zuwanderinnen herstellte. Fekter verteidigte in der Sendung die jüngste Novellierung des Fremdenrechts, das u. a. „Einwanderungswillige" dazu zwingt, bereits vor Zuzug über Deutschkenntnisse zu verfügen. Als wichtigstes Argument dafür brachte die Innenministerin vor, es handle sich dabei um einen „emanzipatorischen Ansatz". Denn Frauen würden auf diese Weise Zugang zu Bildung bekommen, der ihnen verwehrt werde, „weil die Männer die Frauen nicht Deutsch lernen lassen".

Eine Aussage mit vielen allzu bekannten Unbekannten. Fekter meint natürlich nicht alle Frauen, sondern nur Frauen aus islamischen Ländern, allen voran aus der Türkei. Ihre diesbezüglichen Ansichten sind öffentlich bekannt. Wie aber soll ihre emanzipatorische Strategie aufgehen? Warum sollten die Männer, die ihre Frauen hierzulande nicht Deutsch lernen lassen, ihnen erlauben, es in ihrem Herkunftsland zu tun? Nehmen wir dennoch einmal an, manche Frauen hätten einen Weg gefunden, sich „vor Zuzug" Deutschkenntnisse anzueignen – warum sollten sie denn „nach Zuzug" Gelegenheit bekommen, sich weiterzubilden, wo doch ihre Männer sie bei jedem Zugang zur Bildung unbedingt hindern wollen? Oder meint Frau Fekter am Ende, die Kenntnis der deutschen Sprache allein sei schon Bildung?

Freilich gibt es auch eine weitere Erklärung für diesen Vorstoß der Innenministerin: Ihr geht es gar nicht um die Emanzipation von Migrantinnen. Wäre dies wirklich ihre Absicht, würde sie an dem Gesetz vor allem jenen Passus ändern wollen, der den Aufenthaltsstatus zugewanderter Frauen von der Willkür ihrer Ehemänner abhängig macht: Lässt sich der Mann scheiden, verliert die Frau automatisch ihren Aufenthaltstitel. Maria Fekter springt auf den fahrenden Zug eines allmählich um sich greifenden Arguments, das unter dem Deckmantel feministischer „Sorge" bloß Vorurteile weiterschürt.

Werden Migrantinnen nicht unterdrückt, erfahren sie keine Gewalt durch Männer, sind sie nicht von einer strukturellen Ungleichheit betroffen? Natürlich ist das alles der Fall! Die rassistische Zuwanderungspolitik ist jedoch keine passende Antwort auf diese Realität. Ungleichheit und Unterdrückung erleben die Migrantinnen doppelt just durch diese Politik, für die Fekter verantwortlich ist und die sie schönzureden versucht. Die Innenministerin sollte dieses zynische und verlogene Spiel sein lassen! Sie sollte damit aufhören, den Diskurs der Gleichstellung dafür zu instrumentalisieren, die Gesellschaft weiterhin in „wir" und „sie" aufzuspalten. Damit erweist sie dem Gleichstellungskampf einen Bärendienst und begünstigt weiterhin den Rassismus. Es steht ihr besser an, ihre Law-and-Order-Politik durch plumpe Argumente zu verteidigen wie bisher: Schutz unserer Kultur, Sicherheitsrisiko, wachsende Kriminalität sind ihr Revier.

Wer sind aber die Leute, die Fekter mit Ihrem Emanzipationsdiskurs erreichen will? Jene ÖsterreicherInnen (vor allem Österreicher!), die sich über die Unterdrückung von Frauen durch ihre Männer aufregen, wenn es um die Muslime geht; die aber jede Ungleichheitsstruktur zwischen Männern und Frauen akzeptieren, wenn diese „die Unseren" sind. Darum wird es auch im nächsten Jahr, zum 101. Mal, den Weltfrauentag geben. Maria Fekter trägt dazu ihr Scherflein bei.

Hakan Gürses

IMPRESSUM

STIMME von und für Minderheiten ist das vierteljährliche Vereinsblatt des Vereins zur Förderung des Zusammenlebens von Minderheiten und Mehrheiten (*Initiative Minderheiten*). **Medieninhaber und Verleger:** Bürgerinitiative Demokratisch Leben, Klostergasse 6, A-6020 Innsbruck; **Herausgeber:** Verein zur Förderung des Zusammenlebens von Minderheiten und Mehrheiten (*Initiative Minderheiten*), Gumpendorfer Str. 15/13, 1060 Wien, Tel: 01/966 90 01, E-mail: office@initiative.minderheiten.at; Klostergasse 6, 6020 Innsbruck, Tel. & Fax: 0512/586 783; **Redaktion:** Gumpendorfer Str. 15/13, 1060 Wien, Tel: 01/966 90 03, Fax: 586 82 17, E-mail: stimme@initiative.minderheiten.at. **Chefredakteurin:** Gamze Ongan. **Redaktionelle Mitarbeit:** Vida Bakondy, Beate Eder-Jordan, Ursula Hemetek, Cornelia Kogoj, Anita Konrad, Helga Pankratz, Sabine Schwaighofer, Jana Sommeregger, Gerd Valchars, Vladimir Wakounig. **Ständige AutorInnen:** Vlatka Frketić, Hakan Gürses, Kahlauer, Gerald K. Nitsche, Erwin Riess. **Zeichnungen:** Petja Dimitrova, Hakan Gürses. **Grafische Gestaltung:** schultz+schultz-Mediengestaltung. **Herstellung (Repro & Druck):** Drava Verlags- u. Druckgesellschaft m.b.H., Tarviser Str. 16, A-9020 Klagenfurt/Celovec, Tel.: 0463/50 566. Verlags- und Erscheinungsort: Innsbruck; Verlagspostamt: 6020 Innsbruck. Namentlich gezeichnete Artikel müssen nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wiedergeben. **Aboverwaltung:** Birgit Kogoj (Redaktionsadresse) E-mail: abo@initiative.minderheiten.at; Jahresabo (4 Hefte): € 20,- (Ausland: € 30,-) /für Vereinsmitglieder kostenlos.

IMPRESSUM 2
NUR WORTE ODER DOCH MEHR? ÜBER MÄCHTE UND OHNMÄCHTE VON BEZEICHNUNGEN Vlatka Frketić 4
QUEER SO WIE WIR!? DAS POTENTIAL DER BÜNDNISPOLITIK Nadja Schefzig 6
QUEER AS DEAF. ÜBER GEHÖRLOSE LESBEN UND SCHWULE Nadja Schefzig 7
QUEERS ON WHEELS. MOBILE IDENTITÄTEN Georgie Gruber 8
QUEER_BEHINDERT – BEHINDERT_QUEER Dominika Krejs 9
PEER-EDUCATION QUE(E)RT DIE SCHULE Doris Hauberger und Helga Pankratz 10
DAS PARADOX EINER TRANSIDENTITÄT IST LEBBAR. Interview mit Hans Scheirl 12
WIEN TANZT QUEER. EINE LEBENDIGE CLUBSZENE STELLT SICH GEGEN DIE HETERONORMATIVITÄT Silke Graf 14
MITTELPOSTER: WOLLEN VS. DÜRFEN Foto: Marsellus Wallaces, Idee und Umsetzung: Ervin, Camilla, Karim und Mateusz 16
HERR GROLL VERMELDET EINEN PYRRHUSSIEG ODER VOM ENDE DES SOZIALDEMOKRATISCHEN ZEITALTERS Erwin Riess 18
GESCHEHEN 19
NACHLESE: DIE VERRÜCKTE WELT DER UTE BOCK Anita Klinglmair 20
BRIEF NACH ISTANBUL Gerald Kurdoğlu Nitsche 22
KULTUREN UND KÜNSTE 24
TIPPS 26
KAHLAUERS TAGEBUCH 30

T

Gamze Ongan Chefredakteurin

2015

Das österreichische Referendum über den türkischen EU-Beitritt

Es ist eines der meist diskutierten politischen Ereignisse der letzten Jahre. Tausende Journalisten aus aller Welt strömen nach Wien, um darüber zu berichten und spiegeln so das gewaltige Interesse eines globalen Publikums. Die von CNN, BBC und Al-Jazeera gesandten Reporter durchkämmen Städte und Dörfer in ganz Österreich. In Interviews mit Taxifahrern in Linz und Bergbauern in Tirol stellen sie immer wieder die eine Frage: „Wovor fürchten Sie sich?". Fernsehteams übertragen live vom Wiener Kahlenberg und teilen ihren Zuschauern mit, dass die Türken hier schon einmal aufgehalten wurden, im Jahre 1683.

Die Vorbereitung auf das österreichische Referendum zum türkischen EU-Beitritt beschäftigt die internationale Presse seit Wochen. Der Londoner Guardian schreibt „1683 war die Türkei der Angreifer. 2015 sieht Österreich das noch immer so." Ein Berichterstatter der Financial Times bemerkt „Für viele Österreicher ist es so, als wären die Tore Wiens selbst jetzt von den Kanonen der Janitscharen bedroht". Die österreichischen Medien („Wagenburgmentalität", „Die Rückkehr der Türken", „Bollwerk Österreich") und die türkische Presse („Die Mauern Wiens" „Wird Wien fallen?") strotzen nur so vor militärischen Metaphern.

Warum Österreich?

Allerorts fragen ausländische Journalisten: Warum gerade Österreich? Die Frage liegt auf der Hand. Denn schließlich ist dies nicht die Schweiz und in Österreich gehören Referenden nicht zum politischen Alltag. Bisher gab es erst zwei Volksabstimmungen in Österreich: über die Nutzung der Kernenergie und über den eigenen EU-Beitritt. Zudem wurden Österreicher in den vergangenen Jahrzehnten nie dazu aufgefordert, über den EU-Beitritt irgendeines anderen Landes abzustimmen. Die Türkei ist daher ein Sonderfall. Dies trifft ebenso auf Österreich zu, nachdem Frankreich 2010 eine Verfassungsänderung beschloss, die es dem Parlament ermöglicht, Beitrittsverträge zu ratifizieren. Während der langjährigen Beitrittsverhandlungen konnte sich Österreich, ebenso wie einige andere Länder, Ausnahmeregelungen zum Schutz des heimischen Arbeitsmarktes sichern. Doch diese spielen in der Referendumsdebatte 2015 kaum eine Rolle.

Stattdessen stimmt in der Wahrnehmung der globalen Medien ein kleines, reiches, mehrheitlich katholisches Land über die Zukunft eines großen, weniger wohlhabenden, mehrheitlich muslimischen Landes ab. An jeder Straßenecke reden Plakate einem Kulturkampf das Wort: Hinweise auf die Scharia, muslimische Horden und Terrorismus werden begleitet von Kopftuch- und Minarettdarstellungen. Die rechtsstehende Freiheitliche Partei und ihr blauäugiger Vorsitzender sind von Dschidda bis Jakarta in aller Munde. Ihre Parteigänger sähen Zwietracht, indem sie den Propheten als Kinderschänder verleumden.

Und die FPÖ ist nicht allein. Auch andere schüren Vorurteile. Der ÖVP-Bürgermeister von Graz verkündet: „Über Jahrhunderte hat Graz die Türken bekämpft. Heute setzen wir diesen Kampf mit anderen Mitteln fort." Das Ergebnis des Referendums steht außer Frage. Seit mehr als einem Jahrzehnt registrieren Eurobarometer-Umfragen weniger als 10 Prozent Zustimmung zu einem türkischen EU-Beitritt. Die Grünen sind die einzige im Parlament vertretene Partei, die einen türkischen EU Beitritt befürwortet. Gerade die Zwangsläufigkeit des Resultats fasziniert (und schockiert) die Beobachter gleichermaßen. An Stelle von Wien 1683 tritt Wien 2015 als globale Metapher für die immerwährende Konfrontation zwischen Christentum und Islam.

Prolog zum Bericht der Europäischen Stabilitätsinitiative (ESI) „Der unbekannte Türke und eine künftige Volksabstimmung" vom 30. Januar 2008. Der vollständige Bericht ist nachzulesen unter www.esiweb.org

Wir bedanken uns bei ESI für die Genehmigung der Veröffentlichung und weisen darauf hin, dass der Prolog ein Szenario beschreibt, das in den Augen von ESI vermieden werden sollte.

Mythos 1683

Auf den Spuren eines Feindbildes

„Warum sind die Osmanen überhaupt bis hierhergekommen? Hätten sie das nicht gemacht, dann hätten wir die ganzen Scherereien jetzt nicht, weil uns jetzt alle quasi verurteilen für das, was Kara Mustapha vor 300 Jahren gemacht hat. Weil ja jetzt alle sagen, jetzt haben wir die DRITTE Türkenbelagerung." (aus einem Interview mit einer Frau mit „türkischem Migrationshintergrund")

Die Autorinnen **Silvia Dallinger** *(Soziologin),* **Judith Pfeifer** *(Politik- und Kommunikationswissenschafterin) und* **Johanna Witzeling** *(Kultur- und Sozialanthropologin) sind ÖAW-DOC-team Stipendiatinnen im Projekt „‚Die Türken vor [und in] Wien'. Zur Vermittlung und Vergegenwärtigung von Geschichtsbildern der ‚osmanischen Bedrohung' in Österreich". Das Projekt ist am Institut für Sozialanthropologie der Österreichischen Akademie der Wissenschaften angesiedelt.*

Wie kommt es zu dieser Wortkreation „Dritte Türkenbelagerung"? Und warum eignet sich eine historische Schlacht, die sich vor über 327 Jahren ereignet hat, zur Konstruktion von zeitgenössischen Feindbildern?

Der Sieg über „die Türken" im Jahr 1683 ist seit Jahrhunderten im kulturellen Gedächtnis der Österreicher_innen verankert und verinnerlicht und wurde wiederholt für die Gegenwart aktualisiert und instrumentalisiert. Besonders in Ostösterreich wird auch heute noch (!) der 12. September, der Tag der Entsatzschlacht am Kahlenberg 1683, gefeiert: Die Jubiläen 1883, 1933 und 1983 z.B. wurden mit Umzügen und Aufmärschen, kirchlichen Feierlichkeiten, Ausstellungen und Denkmalsetzungen begangen.

Feindbild „Türke": „So wie damals – so auch heute"

Dabei liegt die hegemoniale Bedeutung der Zweiten Wiener „Türkenbelagerung" bis heute vor allem darin, dass das „christliche Abendland" vor einer „Gefahr aus dem Osten" gerettet worden sei. Der „Mythos 1683" dient somit sowohl als heroisches Beispiel für die erfolgreiche Verteidigung des „Bollwerks" Wien gegen einen Angriff von außen als auch als Modell und Vorbild für Abgrenzungen von jeweils aktuell bedrohlichen „Anderen". Gemäß dem Motto: „So wie damals – so auch heute" (Mitterauer 1982: 114) können die Angst vor einer Vereinnahmung sowie die Hoffnung auf einen Sieg, wie schon 1683, von politischen und religiösen Eliten mobilisiert und wiederholt in die Gegenwart und Zukunft getragen werden (vgl. Feichtinger/ Heiss 2008: 259).

Bis zur Mitte des 20. Jahrhunderts rekurrierten die Jubiläums- und Gedenkveranstaltungen wiederholt auf den „Erbfeind Türke" ohne jedoch einen faktischen Bezug zu „den Türken" als ethnische Gruppe herzustellen. Vielmehr nahmen „die Türken" eine Stellvertreterrolle für zeitgenössische „Feinde" ein: Das Jubiläum 1883 etwa war geprägt von der Konkurrenz zwischen der liberalen Führung der Stadt Wien und der konservativen Regierung sowie der Dynastie. Zur Zeit des austrofaschistischen Regimes standen „die Türken" sowohl für die „bolschewistische Gefahr aus dem Osten" als auch für das „braune Barbarenreich" (Das Kleine Blatt 14.05.1933: 5), die Nationalsozialisten. Seit den 1980er Jahren richten sich diese anachronistischen Geschichtsaktualisierungen einerseits gegen den „real existierenden Sozialismus", andererseits wieder konkret gegen „die Türken": Die verstärkte Zuwanderung und Familienzusammenführung türkischer Migrant_innen und Berichte über Anschläge islamistischer Terrorist_innen weck(t)en erneut Bedrohungsgefühle. Wie schon 1683 stehen „die Türken" wieder für „den islamischen Feind". Instrumentalisierungen einer heroischen Vergangenheit unter Bezugnahme auf gegenwärtige migrations- und integrationspolitische Themen wie diese finden sich besonders in gesellschaftlichen Umbruchszeiten zur Stabilisierung einer als bedroht empfundenen „Wir"-Identität in Abgrenzung von einem „(orientalischen) Anderen" (s. auch Dallinger/ Witzeling 2008; Feichtinger/ Heiss 2009).

Die Angst vor einer Bedrohung durch „die Türken“ hat somit eine lange Gedächtnistradition, die jedoch kaum bewusst wahrgenommen oder kritisch reflektiert wird. Das Wissen über die „Türkenbelagerungen“ ist in den meisten Fällen nicht konkret: „[…] Und ich glaub nicht – wenn man das Wissen der Österreicher über die Türkenbelagerung anschaut – dass das so lückenlos ist. Was überbleibt ist: WIR haben gerettet und WIR haben sie noch einmal zurückgeschleudert und: Achtung, es könnte sein, dass die Welle wieder kommt.“ (aus einem Interview mit einer Lehrerin)

Gerade dieses vage Wissen über die Wiener „Türkenbelagerungen“ ist mitunter ein Grund dafür, warum die Übertragung von historischen auf aktuelle Begebenheiten funktioniert: „Würde man konkreter, so wäre die Schwäche der Übereinstimmung offenkundig.“ (Mitterauer 1982: 118).

Die Instrumentalisierbarkeit der Türkenkriege erklärt sich damit, dass ihre Spuren „verschlüsselt in der ländlichen und urbanen Struktur, der Architektur öffentlicher, kirchlicher und privater Räume, der klassischen Musik und der Volksmusik, in Kunstgalerien und Dorfmuseen, in der Literatur und in örtlichen Legenden, in Anekdoten, Witzen und Dorfchroniken anzutreffen sind. Vielleicht noch wichtiger ist, dass sie außerdem in Generationen von Schulbüchern aller Schulstufen zu finden sind.“ (Gingrich 2003: 115)

In einem von der Österreichischen Akademie der Wissenschaften geförderten interdisziplinären DOC-team-Projekt untersuchen die Autorinnen diese vielfältigen Formen der Vermittlung, Konstruktion und Instrumentalisierung von Geschichtsbildern über die „Türken“ bis in die Gegenwart. Die Foki der Teilforschungsbereiche liegen auf der Bedeutung von Denkmälern, printmedialen Diskursen und dem Wiener Volksschulunterricht für die Konstruktion einer Erinnerungsgemeinschaft.

In Stein gemeißelte Erinnerung

Im öffentlichen Raum sind es vor allem Denkmäler, die mittels historischer Referenzen den Mitgliedern der Mehrheitsgesellschaft ein Gefühl von historischer Kontinuität und Zusammenhalt vermitteln sollen. „Traditioneller Zweck des Erinnerns ist es, ein verbindliches Geschichtsbild mit monumentalen Mitteln zu formulieren und als gültiges Modell und Vorbild an Zeitgenossen und Nachgeborene weiterzugeben“ (Hemken 1996: 344).

Allein die Fülle und Dichte der über hundert Denkmäler, die im Wiener öffentlichen Raum an die „Türkenbelagerungen“ erinnern, verdeutlicht den großen Stellenwert, den besonders die Zweite Wiener „Türkenbelagerung“ für das österreichische Selbstverständnis einnimmt.[1] Tatsächlich werden jedoch viele Denkmäler aufgrund ihrer ständigen Präsenz im öffentlichen Raum zu Opfern der Selbstverständlichkeit des Alltags. „Das Auffallendste an Denkmälern ist […], daß man sie nicht bemerkt. Es gibt nichts auf der Welt, was so unsichtbar wäre wie Denkmäler“ (Musil 1962: 62).

Und doch werden einige Denkmäler, die an 1683 erinnern, auch heute für verschiedene aktuelle Zwecke aktiviert und ins Bewusstsein gerückt. Am 12. September 2010 gab es z.B. einen „Denkmalbummel“ „In Erinnerung an die Entsatzschlacht vom 12. September 1683“, organisiert vom FPÖ-nahen Verein „SOS Abendland“.

Am selben Tag bildete sich eine Organisation, die sich zu Ehren des Wiener Bürgermeisters von 1683, Johann Andreas von Liebenberg, „Projekt Liebenberg 2015“ nennt und für ein „türkenfreies Wien bis 2015“ eintritt. Aus einem Posting auf der Webpage von SOS – Österreich liest man dazu: „Am Liebenberg-Denkmal[2] sieht man jetzt auch wieder öfter kleine Geschenke hingelegt, letztens hat dort wer eine Kerze angezündet … und 2015 könnte die Sache tatsächlich abgeschlossen sein.“[3]

Auch innerhalb der „türkischen Minderheit“ gibt es zahlreiche öffentliche und private Initiativen, die etwa durch Fotoausstellungen oder Denkmalsbegehungen dafür sorgen, dass die Wiener „Türkenbelagerungen“ nicht in Vergessenheit geraten. Dabei wird die historische Schlacht von 1683 von manchen positiv angeeignet, umgedeutet und mit der eigenen Migrationsgeschichte verknüpft – gemäß dem Motto: „Die Türken waren schon früher da, wir sind nicht die ersten Türken in Wien“. Die Zweite Wiener „Türkenbelagerung“ wird zum Teil nicht als Niederlage wahrgenommen, sondern als Erfolg des damals mächtigen Osmanischen Reiches, es sogar bis vor Wien geschafft zu haben. Im Gedächtnis der Mehrheitsgesellschaft verankerte hegemoniale Geschichtsversionen und damit verbundene negative Stereotypisierungen werden hier mittels positiver Selbstaneignungen überschritten, um schließlich über „hybriden Widerstand“ ein neues Selbstbewusstsein zu schaffen (vgl. Bhabha 2000).

Damit wird die Bedeutungsoffenheit des Gedenkens an die „Türkenbelagerungen“ auch für alternative Narrative sowie seine identitätsstiftende Wirkung besonders deutlich. Ähnlich wie in der Mehrheitsgesellschaft kann das historische Narrativ „Türkenbelagerung“ auch für die „türkische Minderheit“ gemeinschaftskonstituierend wirken.

Fußball, Kreuz und Kaffee

In österreichischen Printmediendiskursen finden sich zahlreiche Bezugnahmen zum Gedächtnisort „Wiener Türkenbelagerung“, etwa in der Berichterstattung über die EU-Beitrittsverhandlungen mit der Türkei, über diverse Wahlkämpfe oder rund um die Fußball-Europameisterschaft 2008. Vor allem in der Berichterstattung rund um das Spiel Kroatien gegen die Türkei, wie auch im Halbfinalspiel Türkei gegen Deutschland findet sich der Topos der Türkenbelagerung.

FPÖ-Obmann Strache ließ sich z.B. während des EU-Wahlkampfs im Mai 2009 bei einer Demonstration gegen den Bau eines islamischen Kulturzentrums in Anlehnung an ein Bild des Feldpredigers von 1683, Marco d’Aviano, mit einem Kreuz in der Hand abbilden.[4]

In einer Broschüre der FPÖ zur Wien-Wahl 2010 zupft eine Comicfigur Strache einen Comic-Prinz-Eugen am Arm. Im Begleittext heißt es: „[…] Ändern die Zeiten sich auch schnell, bleibt doch gar vieles aktuell […]“ (FPÖ 2010: 5).

Auch die katholische Kirche Österreichs fungiert als wichtige Erinnerungsinstanz in ihrer Rolle als Denkmalstifterin oder auch als Veranstalterin der Katholikentage 1933 und 1983. Diese fielen mit den Feierlichkeiten anlässlich des 250-jährigen Jubiläums der „Türkenbefreiung“ Wiens und des 300-jährigen Jubiläums zusammen, dessen Höhepunkt der Besuch von Papst Johannes Paul II. bildete. Derartige rituelle Ereignisse sind nach Lardellier (vgl. 2005: 72) durch eine omnipräsente Berichterstattung quasi unausweichlich für den/die Einzelne/n.

In Diskursen zu „1683“ steht der Topos der Bedrohung durch „die Türken“ dem Kaffee als beliebtestes Getränk der Österreicher_innen gegenüber. „Die Türken“ hätten Kaffeebohnen zurückgelassen, was den Beginn der Wiener Kaffeekultur markiere: „Die österreichische Kaffeekultur ist ein weltweit erfolgreicher Exportschlager. […] Dies kommt auch dem Tourismus zugute“, so die Vizepräsidentin der Wirtschaftskammer Österreich Renate Römer, anlässlich der „Österreichischen

Kaffeemeisterschaften“ 2008, in deren Rahmen u.a. das „Kaffeelied 1683“ präsentiert wurde.[5] Je nach Interessen finden sich verschiedene Bezugnahmen: einmal positiv identitätsstiftend (ohne „1683“ keine Kaffeehauskultur), ein andermal negativ abgrenzend (Wien wird erneut belagert).

„Türkenbelagerungen“ in Schulen

Die Kronenzeitung vom 6. Juni 2009 berichtet über einen Volksschuldirektor, der gefordert haben soll, die „Türkenbelagerungen“ aus dem Lehrplan zu streichen, um damit Konflikte zwischen Schüler_innen in ethnisch vielfältigen Klassen zu vermeiden.

In den Postings zur Online-Version des Artikels[6] sowie in einschlägigen Foren ist die Rede von „unserer Geschichte“, die „wir“ uns nicht nehmen lassen dürfen und einer „Dritten Türkenbelagerung“ durch Zuwander_innen. Auch bildungspolitische Themen wie mangelnde Deutschkenntnisse, fehlende Integration von Kindern „mit Migrationshintergrund“ und eine daraus resultierende Benachteiligung von „österreichischen Kindern“ in der Schule wurden eingebracht. Diese Postings verdeutlichen das enorme Potenzial an Emotionalität und Identifikation, das die „eigene“ Geschichtsversion beinhaltet.

Die Wiener „Türkenbelagerungen“ werden zwar nicht explizit im Lehrplan der Volksschulen genannt, zählen aber im Rahmen der Lokalgeschichte im Sachunterricht zum Standardrepertoire in Wien. Angesichts einer von ethnischer Diversität geprägten Gesellschaft stehen Multiplikator_innen und Entscheidungsträger_innen vor der Herausforderung, die Tradierung nationalstaatlich geprägter Narrative über „orientalische Andere“ zu hinterfragen und zu dekonstruieren sowie mehrere Geschichtsversionen einzubringen. Erst wenn Widersprüche in den Geschichtsbildern deutlich werden, können diese als dynamisch anstatt als statisch wahrgenommen und somit verändert werden. Begonnen werden muss dabei zunächst bei der Begriffsverwendung „Türkenbelagerung“: Das Osmanische Reich war ebenso wie das Habsburgerreich ein Vielvölkerstaat. Beide Reiche waren von ethnischer, kultureller und religiöser Vielfalt geprägt. Das osmanische Heer setzte sich aus verschiedenen Gruppen zusammen – die türkische Ethnie war darunter eine von vielen (vgl. Barbarics-Hermanik 2010: 22). Mit der Verwendung des Begriffs „osmanische Belagerung“ würde dagegen deutlich, dass die „Osmanen von damals“ nichts mit den „Türken von heute“ zu tun haben.

Fußnoten:

1 http://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20080927_OTS0044 (Zugriff am 16.02.2011)

2 Mölkerbastei, 1010 Wien.

3 http://sosheimat.wordpress.com/2010/12/01/wien-milli-gorus-iwf-botschafter-tezcan (Zugriff am 04.01.2011)

4 siehe Marco-d'Aviano-Denkmal, Kapuzinerkirche, Neuer Markt, 1010 Wien

5 http://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20080927_OTS0044 (Zugriff am 16.02.2011)

6 http://www.krone.at/Wien/Tuerkenkriege_als_Unterrichtsthema_gestrichen-Eltern_sind_empoert-Story-147852 (Zugriff am 18.02.2011)

Literatur:

Barbarics-Hermanik, Zsuzsa (2010): *„Türkenbilder“ und „Türkengedächtnis“ in der Steiermark*. In: Historische Sozialkunde. Geschichte – Fachdidaktik – Politische Bildung. Zeitschrift für Lehrerfortbildung. 40 Jg./Nr. 4. Wien: 22-28.

Bhabha, Homi (2000): *Die Verortung der Kultur*. Stauffenburg Verlag: Tübingen.

Dallinger, Silvia/ Witzeling, Johanna (2008): *Die „Helden von 1683“*. In: Die Maske. Zeitschrift für Kultur –und Sozialanthropologie, Nr. 3. Wien: 15-17.

Das Kleine Blatt (14.05.1933): *Die Naziminister in Wien*. Wien: 5.

Feichtinger/ Heiss (2009): *Wiener „Türkengedächtnis“ im Wandel. Historische und anthropologische Perspektiven*. In: ÖZP, 38. Jahrgang. 2009/2. Facultas: Wien: 249-264.

Freiheitliche Partei Österreichs (Hg.) (2010): *Sagen aus Wien*. Wien.

Gingrich, Andre (2003 [1998]): *Grenzmythen des Orientalismus. Die islamische Welt in Öffentlichkeit und Volkskultur Mitteleuropas*. In: Mayr-Oehring, Erika/ Doppler, Elke (Hg.): *Orientalische Reise. Malerei und Exotik im späten 19. Jh*. Wien Museum: Wien: 110-129.

Hemken, Kai-Uwe (Hg.) (1996): *Gedächtnisbilder. Vergessen und Erinnern in der Gegenwartskunst*. Reclam: Leipzig.

Lardellier, Pascal (2005): *Ritual Media. Historical Perspectives and Social Functions*. In: Eric Rothenbuhler/ Mihai Coman (Hg.): *Media Anthropology*. Sage: Thousand Oaks: 70-78.

Mitterauer, Michael (1982): *Politischer Katholizismus, Österreichbewusstsein und Türkenfeindbild. Zur Aktualisierung von Geschichte bei Jubiläen*. In: Beiträge zur historischen Sozialkunde 12, Heft 4: *Türkenjubiläum 1983 – Heroenkult oder Strukturanalyse?* Wien: 111-120.

Musil, Robert (1962): *Nachlaß zu Lebzeiten*. Rowohlt: Reinbeck bei Hamburg.

Warum nicht?

Zum getürkten Bild von TürkInnen

Hakan Gürses

Wenn die Innenministerin Maria Fekter im Fernsehen ihre nicht übermäßig an Rehlein erinnernden Augen bedeutungsschwer auf uns ZuschauerInnen richtet und dabei von „integrationsunwilligen Zuwanderern" spricht, wissen wir auf Anhieb, wer damit gemeint ist. Warum? Ein Erklärungsversuch.

In Barry Levinsons Film *Wag the Dog* (1997) gibt es einen großartigen Dialog. Da der amtierende US-Präsident einige Wochen vor den Wahlen in einen Skandal verwickelt worden ist, wird ein erfahrener Spin-Doctor namens Brean engagiert. Er soll die öffentliche Aufmerksamkeit von der sexuellen Belästigung eines minderjährigen Mädchens durch den Präsidenten ablenken. Brean (von Robert de Niro dargestellt) beschließt, einen fiktiven Krieg zu inszenieren, und holt den etwas in die Jahre gekommenen Filmproduzenten Motss (Dustin Hoffman) ins Team, der diesen Krieg wie einen Blockbuster für die Medien produzieren soll. Als Kriegsfeind suchen sie sich Albanien aus. In dieser Szene findet auch der denkwürdige Dialog zwischen einem Mitarbeiter und Brean statt:

„Warum Albanien?" – „Warum nicht?"

Diese Antwort wiederhole ich immer, wenn ich mit FreundInnen über das negative Türken-Bild hier zu sprechen komme. „Warum die Türken?", fragen sie mich. Ich erwidere lapidar: „Warum nicht?"

Das Türkische im österreichischen Auge

Das öffentliche Bild der Türkinnen und Türken in Österreich oszilliert zwischen zwei Polen. Auf der einen Seite überwiegt das machistische und religiöse Böse: Ehrenmord, Zwangsehe, Gewalt (vor allem gegen Frauen) und Fanatismus. Auf der anderen Seite finden wir die bildungsferne Unzivilisiertheit: Lernunfähigkeit, die sich vor allem in der Unkenntnis der deutschen Sprache ausdrückt, fremde Sitten wie das Hammelbraten im Hinterhof, unkontrollierte Fertilität, ungepflegtes Äußeres und Hang zum Verbleib in der eigenen Parallelgesellschaft. Die erste Gruppe der schlechten Merkmale wird ausschließlich von türkischen Männern zur Schau gestellt; die zweite Gruppe des unbotmäßigen Benehmens treffen wir bei Männern, Frauen und Kindern türkischer Herkunft gleichermaßen an.

Hinzu kommen noch Eindrücke, die Ergebnis einer differenzierten, freilich über jeden Rassismus-Verdacht erhabenen Beobachtung sein wollen. In den letzten Jahren haben einige JournalistInnen aus sogenannten Qualitätszeitungen geschrieben, die Türken seien viel zu nationalistisch und stolz, was wiederum auf die archaische und patriarchalische anatolische Kultur zurückgeführt werden müsse. Auch die bildungsresistente Veranlagung führen sie ins Treffen, welche wie Augenfarbe oder Haarausfall vererbbar und für die übersteigerte nationalistische Haltung verantwortlich sei.

Manch andere/r hiesige/r BetrachterIn sieht das Türkische hingegen etwas positiver. Für diese Zeitgenossen besitzt der Türke oder die Türkin vor allem tolle und nützliche Eigenschaften. Sie heben den Fleiß der TürkInnen hervor, ihre unermüdliche Bereitschaft, für uns die Drecksarbeit nicht nur am Bau und im Spital zu erledigen, sondern auch auf dem Gebiet der Fortpflanzung, sodass die negativen Geburtenraten hierzulande wieder aufgebessert werden können. Sie loben das gastfreundliche, nachgerade rund um die Uhr fröhliche Naturell der türkischen Leute und die praktische wie leckere Annehmlichkeit der Küche, die Anmut türkischer Tänzerinnen oder die Unverfälschtheit anatolischer Musik. Dass sie dabei die oben erwähnten Stereotype über den positiven Umweg erneut in die Welt setzen, scheint diesen Gutmeinenden wohl nicht bewusst zu sein.

Türkeneinfälle oder Gastarbeit?

Das Bild der TürkInnen war in Österreich wohl nie ganz positiv besetzt, aber in den letzten Jahren konnte beobachtet werden, dass dieses zunehmend negativer wurde. Wenn die Innenministerin Maria Fekter im Fernsehen ihre nicht übermäßig an Rehlein erinnernden Augen bedeutungsschwer auf uns ZuschauerInnen richtet und dabei von „integrationsunwilligen Zuwanderern" spricht, wissen wir auf Anhieb, wer damit gemeint ist.

Früher, bevor ihm ein unvorsichtiger Mensch das serbische Gebetsband geschenkt hatte, sprach sogar H.C. „Drei Bier" Strache undifferenziert von Ausländern. Allmählich wurden daraus Muslime, und

seit kurzem ist die Katze endlich aus dem Sack: Die Türken sind es, wovon wir all die Zeit geredet hatten und die wir nun – trotz der Diktatur Politischer Korrektheit – beim Namen nennen können. Der ORF hat seinen Bildungsauftrag erfüllt und hierbei Pionierarbeit geleistet: Die Sendung *ORF-Bürgerforum*, die im Jänner 2011 unter dem Titel „Die Türken – ewige Außenseiter?" ausgestrahlt wurde, hat die Gruppe von in Österreich lebenden Personen, die irgendwie mit der Türkei in Verbindung gebracht werden (darunter auch KurdInnen oder hier geborene und aufgewachsene österreichische StaatsbürgerInnen), erstmals öffentlich zu Außenseitern abgestempelt.

Nur wer die jüngere Geschichte Österreichs und Deutschlands unbedingt vergessen will, wer den Verlauf der Übersee-Auswanderung aus Europa im 19. und frühen 20. Jahrhundert nicht kennt oder wer wirklich keine Augen für den gegenwärtigen Zustand der weltweiten Migration im Kopf hat (von Gründen aus rassistischem Weltbild will ich gar nicht reden), kann ohne zu zögern behaupten, „die Türken" würden wirklich auch *die* „integrationsresistente" oder „-unwillige" Bevölkerungsgruppe bilden. Dies wäre allein schon deswegen eine unsinnige Aussage, da erstens keine Bevölkerungsgruppe irgendeine Eigenschaft derlei homogen aufweist, wie in dieser Aussage unterstellt wird, und da zweitens „Integration" kein Fixstern ist, woran sich alle objektiv orientieren könnten, sondern eine Laterne, die vor allem ihren Besitzer beleuchten soll. Was Integration (somit auch Integrationswilligkeit) zu sein hat, bestimmen stets jene, die sie anderen aufzwingen als Hürde vor gerechter Umverteilung öffentlicher Güter und Rechte. Es ist unter diesen Vorzeichen unsinnig, von besonders integrationsresistenten Gruppen zu sprechen. Die Frage lautet also nicht, warum die TürkInnen sich so schlecht integrieren lassen, sondern warum dieses Klischee just über die TürkInnen in die Welt gesetzt wurde. Also: Warum die Türken?

Meine FreundInnen, die diese Frage stellen, haben auch Antworten parat. Insbesondere zwei tun sich hervor, zumal sie einer gewissen Wissenschaftlichkeit nicht entbehren. Erstere betont die Rolle des historisch gewachsenen kollektiven Gedächtnisses und lautet, das Trauma der „Türkeneinfälle" in Europa, allen voran der beiden großen Belagerungen von Wien, hätten das Bild der TürkInnen nachhaltig geprägt (pikantes Detail am Rande: die „Erste Wiener Türkenbelagerung" von 1529 scheint in diesem Gedächtnis nicht allzu viele Spuren hinterlassen zu haben). Die zweite Antwort ist eher soziologisch motiviert und besagt, dass die als Gastarbeiter angeworbenen Personen aus der Türkei, zumeist aus sogenannten Unterschichten stammende HilfsarbeiterInnen, die allgemeine Wahrnehmung von TürkInnen hierzulande bestimmt hätten.

Jeder Ideologie ihr Gegenbild

Beide Erklärungsmuster mögen einen wahren Kern besitzen. Wahrscheinlich trägt auch ihre unglückliche Kombination die Schuld an vielen Klischees. Dennoch möchte ich *meine* Antwort beharrlich wiederholen: Warum nicht?

Den Spin-Doctors im Film *Wag the Dog* geht es darum, den medialen Krieg gegen ein Land zu führen, das bestimmte Kriterien erfüllt. Albanien grenzt zwar nicht an USA, und es gab keine historischen Konflikte zwischen den beiden Ländern, dort sind auch kein Öl oder andere Goodies zu holen. Für den angestrebten Zweck bietet es dennoch vieles auf einmal: Kaum ein/e AmerikanerIn kennt Albanien gut; es gibt dort keine KorrespondentInnen großer Zeitungen oder Fernsehnetze, also kann man auch nicht so einfach kontrollieren, was im Land wirklich vor sich geht. Das hat auch den Vorteil, dass man es nicht einmal wahrnehmen würde, sollte eine Gruppe von AlbanerInnen den angeblichen Krieg dementieren. Zudem ist Albanien (auch für die meisten EuropäerInnen) ein Land, in das man so ziemlich alles hineinprojizieren kann: Balkan, Vampirgeschichten, Blutrache, ehemals eisernes Mitglied des Ostblocks, MuslimInnen als größte Religionsgruppe, Armut, schlechte Wirtschaftslage und so weiter.

Mit TürkInnen hier verhält es sich ähnlich. Auch diese bieten vieles auf einmal: Sie bilden schon seit langem den Inbegriff des „Ausländers", stets als „Gastarbeiter" sichtbar, als Angehörige der untersten Gesellschaftsschicht. Gepaart mit ihrem Herkunftsland (Eckdaten: islamisches Land und seit jeher aggressiv gegen das christliche Europa) gibt die Gruppe ein ideales Feindbild ab. Nur zu einem anderen Zweck als im Film.

Der Nationalismus, Opium für das Volk auch im angehenden 21. Jahrhundert, bedarf solcher Gruppen als Gegenbilder, um sich selbst von seiner der Vernunft verpflichteten Seite zu zeigen. Dieser Nationalismus mit aufgeklärtem Antlitz ist es, den wir derzeit in Europa als hegemoniale Ideologie erleben. Er unterscheidet sich jedoch vom gewöhnlichen Nationalismus, den wir in Europa glauben mit Ende des Zweiten Weltkriegs begraben zu haben. Der Nationalismus muss sich heute auf *drei* Ebenen den BürgerInnen schmackhaft machen: Religion, Nation und sozialer Schichtung. Nation allein als Basis würde eine bloße Wiederholung des „klassischen" Nationalismus abgeben, und das wäre nicht akzeptabel. Da kommt Religion ins Spiel. Dem „islamischen Fanatismus" das säkulare Modell christlicher Prägung entgegenzusetzen, funktioniert allerdings auch nicht einwandfrei. Denn einer einseitigen Kontrastierung der Religionen folgt der Vorwurf der Islamfeindlichkeit und der christlichen Selbstverliebtheit auf den Fuß. Daher muss der Fanatismus des Feindbildes auch nationalistische Züge tragen, damit der eigene Nationalismus (und religiöse Eurozentrismus) im Vergleich als humaner und zivilisierter erscheinen kann. Folgerichtig darf das auf diese Weise konstruierte „Andere" kaum als Subjekt wahrnehmbar sein, sondern immer als Masse, als unzivilisiertes und gewaltbereites Kollektiv von Unterschichtangehörigen.

Welche Bevölkerungsgruppe in Österreich verkörpert diese drei Eigenschaften (religiös, national und schichtbezogen *radikal anders* zu sein) besser als die TürkInnen? Der österreichische Nationalismus braucht die TürkInnen, um sich zu legitimieren. Seine Botschaft lautet: Wir sind auch eine Nation, aber eher klein (nicht so groß wie die Türkei), darum nicht nationalistisch und stolz (vielleicht ein wenig größenwahnsinnig, aber nur wenn wir unter uns über unsere Welt-Rolle reden, nie nach außen hin!). Wir sind auch religiös geprägt, aber christlich (nicht islamisch wie die Türken). Wir haben freilich auch bildungsferne Schichten (die wir gerne als Prolos bezeichnen und auslachen, aber wieder nur unter uns!). Denen geht's allerdings so weit ganz gut, sodass sie sich jedes Jahr einen Urlaub im Ausland (z. B. in der Türkei) leisten können. In Sachen Gleichstellung hapert's vielleicht auch bei uns ein bisserl, aber wir kennen dafür keine Zwangsehe (wie bei den Türken).

Jede Ideologie braucht ein Gegenbild. Der österreichische Nationalismus hat es in „seinen" TürkInnen gefunden, indem es deren öffentliches Bild getürkt hat. Das Blatt kann sich jedoch in einigen Jahren wenden, wenn man ein neues Gegenbild braucht, an dem man sich medial und politisch austoben kann. Warum nicht?

Trotz der Wahrnehmung es handle sich um ein historisch bedingtes Problem, ist bei näherer Betrachtung festzustellen, dass die sogenannte „Türkenfrage" explizit als solche erst seit relativ kurzer Zeit in der öffentlichen und politischen Debatte auftaucht. Die Türkenkriege und all die damit verbundenen Bilder und Narrative waren weder in der Zeit des Ersten Weltkrieges als das Osmanische Reich ein Verbündeter Österreich-Ungarns war, ein Thema, noch davor oder danach.

Auf Grund der Wahlkampagnen der Freiheitlichen Partei Österreichs (FPÖ) und des massiven öffentlichen Diskurses über die Frage der Integration türkischer Migranten scheint es fast so als ob „die Türkenfrage" ein Dauerbrenner wäre. Nicht nur die Printmedien räumen dem Thema viel Platz ein, sondern auch die Wahl der Schlagzeilen und der Sendungstiteln – etwa ORF Bürgerforum „Türken - die ewigen Außenseiter" – vermitteln den Eindruck es handle sich um ein Langzeitproblem. Dazu trägt insbesondere auch die Vergeschichtlichung des „Türkenproblems" durch die FPÖ Wahlkampagnen, die direkten Bezug auf die Türkenkriege und deren religiösen Aspekte nehmen, bei.

Die Vergeschichtlichung der „Türkenfrage" wurde interessanter Weise auch auf türkischer Seite aufgenommen. In der Türkei und auch innerhalb der türkischen Community in Österreich übernahm man immer öfter den von der politischen Rechten losgetretenen Diskurs des ewigen Außenseiters. Allerdings wurden dabei die durch die Außengruppe negativ betrachteten Zuschreibungen umgekehrt und bewusst in Markenzeichen der eigenen Identitätsbeschreibung umgewandelt. So wurde z.B. die Zugehörigkeit zum Islam, die im Diskurs als nachteilige Eigenschaft dargestellt wird, zunehmend zu einer Quelle des Stolzes, während die historische Rolle, die den Türken im österreichischen Narrativ zugeschrieben wird, immer mehr als ein Ausdruck der Stärke und Größe wahrgenommen wird. Die Vergeschichtlichung der eigenen Rolle durch die FPÖ-Rhetorik scheint die Sehnsucht nach Bedeutung und Größe in indirekter Weise zu bestätigen und zu befriedigen.

Auch wenn „die Türken" von der seit den 1990er Jahren im politischen Diskurs zunehmenden „Ausländerfrage" betroffen waren, fand eine Zuspitzung dessen auf „die Türken" erst in den vergangenen Jahren statt. Damit handelt es sich um eine relativ neue Diskussion, die sich historischer Narrative und Bilder bedient, deren Gründe aber eindeutig im hier und jetzt liegen. Im Folgenden sollen nicht nur der Diskurs und seine Dynamiken beleuchtet, sondern auch die realpolitischen Hintergründe, die mit dem massiven Auftreten der „Türkenfrage" in Zusammenhang stehen, erläutert werden.

Die Konstruktion des Diskurses

Zwar waren türkische Migranten seit den 1970er Jahren wiederholt mit sozialen und rechtlichen Diskriminierungen sowie mit Ausländerfeindlichkeit konfrontiert, dies war aber kein spezifisch „türkisches" Phänomen. Auch die durch die FPÖ in den 1990er Jahren losgetretene „Ausländerfrage" bezog sich nicht vornehmlich auf „die Türken", sondern umfasste eher alles was fremd war. Die Frage der Religion spielte zu diesem Zeitpunkt noch keine herausragende Rolle. Erst im Zuge des nach

dem 11. September 2001 entstandenen islamkritischen globalen Diskurses kam es auch zu einer verstärkten Kulturalisierung jener Konflikte, die in Zusammenhang mit der Integration von Zuwanderern entstanden waren.

In Österreich dienten „Die Türken", als größte muslimische Zuwanderergruppe der Konstruktion eines kulturalistischen Diskurses, der sich vor allem auf religiös bedingte zivilisatorische Trennlinien bezog als die kulturelle Antithese. Ganz in der Tradition ausländerfeindlicher Diskurse wurde dabei das Bild von zwei sich gegenseitig ausschließenden Gruppen entworfen. Jeder Gruppe werden dabei bestimmte Eigenschaften zugeschrieben, wobei die in-group mit positiven Attributen, die outgroup hingegen mit negativen Merkmalen bedacht wird. Die Grenzziehung geschieht willkürlich und betrifft nicht alle Ausländer im gleichen Maße. Ausländer, die dieselbe Sprache sprechen, dieselbe der Hautfarbe aufweisen oder demselben „Kulturkreis" angehören (sollen), finden meist Aufnahme in der in-group (Zuser: 1996).

„Die Türken" wurden durch diesen Diskurs klar einem anderen Kulturkreis zugeschrieben. Dabei wurden sie als eine homogene Gruppe wahrgenommen, die sich nicht nur in ihrer Kultur und Religion, sondern auch in ihrer Moral und ihrer Tradition, ihrer Lebensweise und ihrem Auftreten grundsätzlich von der in-group, einem konstruierten und undifferenzierten „Wir" unterscheidet. Zum Zwecke der Kontrastierung kommt es zu einer Orientalisierung der Türken. Indem sie als eine kulturelle Antithese zum europäischen und abendländischen „Wir" dienen, tragen sie dazu bei das Selbstbild, die eigene Identität und die eigene Erfahrung zu definieren (Vgl. Said: 1985). Dieser Diskurs konstruiert auf beiden Seiten statische, unvereinbare und sich gegenseitig ausschließende homogene Identitäten. Die Eigenschaften, die dabei mit „den Türken" in Zusammenhang gesetzt werden, werden auf den Islam zurückgeführt. Dadurch wird eine religiös determinierte unüberwindbare Trennlinie zwischen Türken und der in-group geschaffen. Eine diesbezügliche Rhetorik wird insbesondere von der FPÖ bedient. Dabei bedeutete dies eine zumindest rhetorische Abweichung von der eigentlich anti-klerikalen Position des deutsch-nationalen Lagers.

Auf der Welle eines neuen globalen islamkritischen Diskurses, der durch eine Flut von Texten und Bildern das Bild des radikalen, unberechenbaren und fanatischen Muslims verbreitete, bespielte die FPÖ Ängste, die damit verbunden wurden.

Die Wahlplakate setzten einem romantisierten christlich-abendländisch definierten Heimatbild Bilder von Minaretts, Talibans und verschleierten Frauen gegenüber. Im übrigen bezogen sich auch die Wahlkampagnen der Österreichischen Volkspartei (ÖVP) auf ein romantisiertes, bäuerlich-ländliches und homogenes Heimatbild.

Die Verbindung einer ethnozentrischen nationalistischen mit einer auf das christliche Abendland aufbauenden mystifizierenden Rhetorik kam der FPÖ zugute. Sie konnte sich dadurch als Verteidigerin des Abendlandes und seiner Kultur darstellen und somit ihre Wählerschaft auf katholisch-konservative Kreise und auch auf Zuwanderer aus den Balkanstaaten ausweiten. Die FPÖ versuchte so z.B. bei den letzten Gemeinderatswahlen in Wien die nicht unbeachtliche Gruppe serbischer Wähler zu gewinnen und sie quasi in die heilige Allianz im „Kampf" gegen die muslimische Bedrohung zu integrieren. Damit bedient sich der islamkritische bis islamophobe Diskurs bewusst historischer Bilder und Narrative und versucht sich so zu einem Sprachrohr der durch die Angehörigkeit zur christlich abendländischen Zivilisation bestimmten in-group zu machen.

Zeitliche und politische Bezüge

Immer mehr begannen „die Türken" als größte muslimische Migrantengruppe im Diskurs die abstrakte Gruppe „der Muslime" auszufüllen. Dabei konnte die FPÖ auch auf historische Bilder der Türkenbelagerung, sowie im kollektiven Bewusstsein gespeicherte Narrative und Muster zurückgreifen. Beschleunigt wurde die Verschmelzung eines islamkritischen Diskurses mit der „Türkenfrage" durch die Frage eines EU-Beitritts der Türkei.

Die Entscheidung auf dem Gipfel von Helsinki 1999 der Türkei eine Beitrittsperspektive einzuräumen wurde auch von der österreichischen Bundesregierung unter Viktor Klima mitgetragen. Die Tragweite dieser Grundsatzentscheidung wurde damals von der österreichischen Öffentlichkeit kaum wahrgenommen. Weder in den Medien, noch in der Politik oder der breiten Öffentlichkeit wurde die Frage diskutiert.

Der daraufhin eingeleitete Reformprozess schritt in der Türkei relativ schnell voran, sodass, die EU-Kommission 2004 zu dem Ergebnis kam, die Eröffnung von Beitrittsverhandlungen zu empfehlen. Die bis zu diesem Zeitpunkt im öffentlichen und politischen Diskurs kaum diskutierte Frage eines EU-Beitritts der Türkei wurde zum ersten Mal im EU-Wahlkampf im Mai 2004 von der FPÖ aufgegriffen. Die Debatte gewann allerdings erst mit der politischen Kehrtwende der Sozialdemokratischen Partei Österreichs (SPÖ) an Intensität. Die SPÖ, damals größte Oppositionspartei, begann auf einmal eine hardliner-Position in dieser Frage zu vertreten. Damit erhöhte sie den Druck auf die ÖVP-FPÖ Koalition, unter deren Wählerschaft eine EU-Mitgliedschaft der Türkei durchwegs auf Ablehnung stieß.

Die SPÖ reagierte damit auf eine wachsende Debatte, die nicht nur in Österreich, sondern auch in Deutschland und anderen EU-Ländern um sich griff. Zudem stand dahinter der Versuch, die Basis, die sich offen für ausländerfeindliche Slogans und Sprüche der FPÖ gezeigt hatte, zurückzugewinnen. Mit den negativen Referenda in Frankreich und den Niederlanden über die EU-Verfassung dominierte „die Türkeifrage" den politischen Diskurs.

In Österreich musste die Debatte über die Türkei auch die nicht stattgefundene Diskussion über die Osterweiterung auffangen. Während die

Türk'ün Türk'ten başka dostu yok mu?

Zur seltsamen Eintracht gegen die „Türken“ und die „Türkei“

Sabine Strasser

Haben die „Türken“ wirklich kaum mehr Freunde in Österreich und in Europa? Finden sie zurecht, dass niemand sie hier haben will und dass immer wieder neue Unvereinbarkeiten ge- oder auch nur erfunden werden, um sie abzulehnen und abzuwerten?

Der Ausspruch, „Einzig der Türke ist der Freund des Türken“ (Türk'ün Türk'ten başka dostu yoktur)[1] entspringt vermutlich der Feder eines rassistisch-nationalistischen Ideologen der 1930er Jahre. Er verweist jedoch nicht nur auf pan-turkistische Positionen dieser Zeit, sondern auch auf die wehleidige und verschwörungstheoretische Haltung türkischer NationalistInnen bis in die Gegenwart. Der Streit um den Genozidbegriff, Erfahrungen mit der EU, die Kritik an der Kurdenpolitik, die Behandlung türkischer MigrantInnen im Ausland, alles richtet sich gegen „die Türken“. Es geht soweit, dass ein führender Repräsentant der türkischen Regierung unlängst vermutete, dass WikiLeaks Cable Gate ein Komplott zur Schwächung der Türkei sei.

Dieser Satz klagt also an und schießt gezielt an realen Situationen vorbei. Er strebt nach Einigkeit und Ausgrenzung. Er demonstriert Stärke, wo ein Gefühl von Ohnmacht und Schwäche sich breit machen. Gelernte ÖsterreicherInnen kennen diese Haltung nur zu gut. 14 waren im Jahr 2000 gegen „uns“, als die EU nach einer Koalition mit der FPÖ Sanktionen gegen die österreichische Regierung verhängte. Allein gegen 24 Länder war Österreich, als es den Kampf gegen die EU-Beitrittsverhandlungen mit der Türkei aufnahm. „Wir sind von allen verlassen!“, ist also ein erprobtes Mittel bei der Herstellung von beleidigter nationaler Einheit und dazu von beliebigen Feindbildern.

Als ich allerdings die letzten Monate die Entwicklungen in Deutschland und Österreich von der Türkei aus beobachtet habe, fiel mir dieser verdammte, nationalistisch winselnde und nach Freunden heischende Satz immer wieder ein. Hartnäckig, beleidigt und empört forderte er Gegenargumente zu stets neuen Fragen. Was war der Nutzen der heroischen Kämpfe Österreichs gegen die Türkei bei den heimischen Wahlen? Wozu dient die Kritik am türkischen Geschlechterverhältnis, die ein Heer von österreichischen Feministen erzeugt hat, aber Familienzusammenführung erschwert und kein unabhängiges Aufenthaltsrecht für Frauen fordert? Warum werden unsensible Kampagnen zugelassen, dass Kinder in den Kindergarten müssen, auch wenn ihre Eltern das schon lange wollen? Warum wurden Necla Keleks und Thilo Sarrazins Bücher zu Beststellern? Warum führten die Kommentare von Botschafter Tezcan zu einer diplomatischen Verstimmung zwischen Ankara und Wien und nicht zu einer interessierten Nachfrage? Wie und warum wurde aus Debatten um Gastarbeiter, Migranten, Muslime und Integration schließlich eine Inszenierung einer Art Dritten Türkenbelagerung? Wo sind eigentlich klare Antworten und deutliche Argumente gegen die Vermutung vieler Menschen in türkischen Kontexten, der Sündenbock in der Wüste zu sein und keine Freunde zu haben? Wir alle wissen natürlich aus der Geschichte, dass Feindbilder immer einen bestimmten Zweck erfüllen, und damit die Suche nach den Gründen nur selten oder nur vage Aufschluss über die dafür ausgewählten Gruppen gibt. Eine Analyse dazu sagt uns mehr über die ProduzentInnen der Bilder. Drei Szenen:

Szene 1: Eine kleine Stadt

Im Westen Österreichs, Sommer 2007: Wir kommen als kleine Forschungsgruppe in einer Kleinstadt an, um unter anderem die Auswirkungen der politischen Debatten und medialen Darstellungen zum Thema „Zwangsehe“ auf das Zusammenleben zu untersuchen. Schon nach den ersten Stunden waren die sozialen Trennlinien ziemlich deutlich: „Wenn es so weitergeht, dann werden die hier bald alles bestimmen.“ „Sie müssen sich ja nicht assimilieren, aber anpassen sollen sie sich schon.“ „Je mehr wir uns anpassen, desto weniger mögen sie uns“. Einig ist man sich im Wesentlichen nur, dass es kein Miteinander gibt, das Nebeneinander schlecht funktioniert und das Gegeneinander zunimmt. Es wurde also klar, dass es für die „Einheimischen“ in dieser Stadt ein zentrales Problem gibt: „die Türken“.

Später erfuhren wir dann, dass manche LehrerInnen den Kindern auch in der Pause verboten hatten, in der Schule ihre türkische Muttersprache zu reden. Nicht weil diese schneller Deutsch lernen sollten, das konnten sie schon, sondern um zu verhindern, dass diese Kinder sich in ihrer für die Lehrerin unverständlichen Sprache

über jemanden lustig machen konnten. Also das Problem lag hier eindeutig bei den mangelnden Sprachkenntnissen der „Einheimischen". Oder kann von zwei Mädchen, die beide eine Muttersprache teilen, wirklich verlangt werden, dass sie sich in der Pause in ihrer Zweitsprache unterhalten? Wütende Kinder, die nur allzu leichtfertig von rassistischen LehrerInnen sprechen, sind die Folge dieser Erziehungsmaßnahmen. Verzweifelt versuchen viele der türkischen Familien ihre Kinder vor diesen Abwertungen zu beschützen. Viele wollen sie dann gleichzeitig in islamischen Zentren vor Alkohol und der europäischen Lebensweise bewahren, was die Kluft zu den durchaus feucht-fröhlichen Mehrheiten noch vergrößert. Das Problem der TürkInnen ist also auch rasch identifiziert: die „Einheimischen" und ihre fehlende Bereitschaft mit den "Türken" zu leben.

Über 80 Nationalitäten waren in der Stadt vertreten, nur die etwa acht Prozent „Türken" stellten eine Bedrohung dar, mussten von der Politik in Zaum, von Fußballvereinen fern und von Familienzusammenführung abgehalten werden. Ihre Geschlechterverhältnisse gefährden angeblich die österreichische Emanzipation und ihre Bildungsmängel den österreichischen Erfolg bei Pisa.

Ein Jahr später kamen wir mit drei StudentInnen aus Ankara in die Kleine Stadt zurück. Die jungen WissenschafterInnen unterstützten unsere Forschungen. Unsere Wirtin, eine Akademikerin, die in einer Stadt lebt, in der „die Türken" nach den Befürchtungen der „Einheimischen" aufgrund von Familienzusammenführungen und Geburtenzahlen bald dominieren werden, fragte uns angetan, nachdem sie uns eine Weile (Türkisch!) sprechen gehört hatte, ob die jungen Leute denn aus Israel kämen.

Szene 2: Burkini-Alarm

20. Wiener Gemeindebezirk: Nein, nicht die Dammstrassen-Bürgerinitiative will ich besprechen, die hat sich ja selbst österreichweit mit ihren „Islamexpertisen" und transnationalen Analysen schon einen Namen gemacht. Es geht um einen Polizeieinsatz in Wien Brigittenau. Im wunderbaren und reichen Wien haben ja manche Gemeindebauten sogar Schwimmbäder auf dem Dach. Als allerdings eine junge muslimisch-türkische Frau dieses Gemeindebau-Schwimmbecken nutzen wollte – was ja wohl nur im Sinne der Erfinder von Integration „neu" sein kann – kam es zu einem heftigen Zusammenstoß zwischen der jungen Frau und den anderen MieterInnen. Der Konflikt brach aus, weil diese Frau zwar perfekt deutsch sprach und daher auch die Badeordnung verstehen konnte, aber einfach eine andere Auslegung von „üblich" in Bezug auf ihre Badekleidung hatte. Sie besaß also die „Frechheit", in einem Burkini in das gleiche Becken wie ihre NachbarInnen eintauchen zu wollen. Abgesehen davon, dass die Bezeichnung dieser Badekleidung schon ein ziemlicher Geniestreich ist, verstehe ich einfach nicht, warum diese etwas weniger ausgezogene Frau so eine Empörung auslöst. Hygiene kann es nicht sein, weil der Burkini nun mal keine Straßen- sondern eine Badekleidung ist. Die Bademoden ändern sich darüber hinaus so rasch, dass ich nie weiß, wie viel man gerade anziehen muss zum Schwimmen, um „üblich" zu sein. Ist ein Badeanzug mit Beinchen heute vielleicht auch schon ein Skandal? Werden Tanger für Männer statt knielange Hosen eingefordert, oder gilt „üblich" nur für Frauen? Und wie um alles in der Welt beeinträchtigt das Schwimmen in einem Burkini das Schwimmerlebnis der anderen, über die Umgebung, das Wasser, die Luft? Der Burkini verdirbt nicht einmal die Kinder. Sind solche Vorfälle gemeint, wenn behauptet wird, die „Türken" würden sich nicht an die Wiener Hausordnung halten?

Der ganze Wohnblock wechselte auf jeden Fall daraufhin die Farbe, ich meine die Farbe des Parteibuchs, weil eine Frau in einem Burkini schwimmen gehen wollte und weil die Wiener Polizei darin auch kein Vergehen entdecken konnte. Da fühlten sich die HausbewohnerInnen ganz allein und ohne polizeilichen Schutz und flüchteten zum einzigen, der versteht, was die verlassene Wiener Seele (die in diesem Fall auch türkisch, deutsch, kroatisch etc. sein kann) braucht: Strache! Ich verstehe schon, dass ein Burkini den neuen Feministen nicht gefällt, aber stören tut er doch auch nicht wirklich? Die Wut liegt wohl tiefer, in dem Gefühl vergessen worden zu sein, alleine zu sein, keine Freunde mehr zu haben in der Politik. Der einzige Freund der GemeindebaubewohnerInnen ist allerdings nicht im Gemeindebau!

Szene 3: Eine große Frau

Atatürk Bulvarı, Herbst 2007: In meiner ersten Woche in der türkischen Hauptstadt, wo ich dann die nächsten drei Jahre leben sollte, ging ich zu einem Uhrmacher im Stadtzentrum von Ankara. Ein kleines Geschäft mit vielen ausländischen Kunden. Beim Wechseln des Uhrbandes fragt der Mann offensichtlich gewohnheitsmäßig nach meinem Herkunftsland. Die Antwort Österreich stimmt ihn allerdings nachdenklich. Er legte die Uhr aus der Hand und fragte mich mit einem betrübten Gesichtsausdruck: Was hat eigentlich diese große blonde Frau gegen uns?

Gute Frage, aber ich weiß es nicht. Ursula Plasnik war eigentlich eine im Nahen Osten und damit in islamischen Ländern engagierte Außenministerin, förderte die Kooperation mit der arabischen Liga und stärkte international die Netzwerke islamischer Frauen durch ihr Ressort. Aber irgendwie vertrat sie leider ausgerechnet Österreich in den Debatten um die Beitrittsverhandlungen der Türkei im Jahr 2005. Immer wieder forderte sie dabei den Beitritt nicht in Aussicht zu stellen, die Stopptaste für die Verhandlungen einzuführen und die privilegierte Partnerschaft statt der Vollmitgliedschaft festzuschreiben. So wurde sie in der Türkei zu einem Symbol der Ablehnung durch die EU.

Epilog

In der Zwischenzeit wird allerdings in der gesamten EU der Multikulturalismus als gescheitert erklärt, wofür Muslime unterschiedlicher Länder verantwortlich gemacht werden – und vor allem die „integrationsunwilligen Türken". Ein Generalverdacht hat sich seit 9/11 und den Madrider wie auch den Londoner Anschlägen gegen Muslime breit gemacht. Die Innenminister haben die „Integrationswilligkeit" zu messen begonnen, statt die Lebensbedingungen und sozialen Lagen zu verstehen. Die Verhandlungen der EU mit der Türkei wurden zwar nicht abgebrochen, aber beide Seiten haben sich längst anderen Problemen zugewandt und weder in der Türkei noch unter den türkischen EU-StaatsbürgerInnen besteht noch Hoffnung, vielleicht auch gar kein wirklicher Wunsch auf einen positiven Abschluss. Minderheiten werden in den EU-Staaten unverblümt der böswilligen Abgrenzung bezichtigt und zur Anpassung aufgefordert. Statt Kindergartenplätze und Jugendarbeitslosigkeit, Alkohol und Heiratsalter zum Thema aller zu machen, wird gnadenlos getrennt (und geherrscht). So bleibt keine Zeit über Grasser'e Probleme nachzudenken, über Effekte von Finanzspekulationen und Casino-Kapitalismus, das wäre ja ohnedies zu mühsam. Da ist ein „neuer Realismus" unter dem Motto „Was mal gesagt gehört!" schon populärer: Das

beschützt den kleinen Mann, beschimpft die Zugewanderten und warnt vor dem Islam. Die „Türken“ bilden dann die leicht erkennbare Schnittmenge von Migration und Islam. Die Fekter-Strache-Rhetorik trägt natürlich enorm zu einer wunderbaren Alltagsstimmung bei, da sie nicht müde wird (ganz realistisch) zu unterstellen, Muslime, Türken und ihre Parallelwelten seien eine gesellschaftliche Bedrohung (alla Burkini und Burka).

Eine seltsame Eintracht über Parteien, Geschlechter und Klassen hinweg. Egal ob es um persönliche Anwesenheit von Menschen mit türkischem Hintergrund in Europa oder die Mitgliedschaft der Türkei in der EU geht, Österreich rangiert im Spitzenfeld der Zurückweisungen, in der Stadt und auf dem Land, in der Innen- wie in der Außenpolitik. Natürlich gibt es Ausnahmen und Gegenbeispiele. Aber wenn wir die „Integrationsdebatte“ der letzten Wochen und Monate in Deutschland und Österreich anschauen, drängt sich tatsächlich die Frage auf, ob denn derzeit TürkInnen in Europa gar keine Verbündeten mehr haben? Die Politik sollte sich eigentlich nicht wundern, wenn einem türkischen Botschafter in so einer Situation ein paar Worte auskommen.

Skandalisierungen heizen die Stimmung an und schaffen damit Probleme statt sie zu lösen. Das wissen Fekter und Co nur zu gut: So fanden sie in der Debatte um Zwangsverheiratung eine öffentliche Debatte angebracht, die Türken zu Tätermännern und Türkinnen zu Opferfrauen stilisiert hat – egal ob laizistische Oberschicht oder zentralanatolische Bauernfamilie, irgendwie kamen alle junge Frauen unter Verdacht zwangsverheiratet zu sein. Schlussendlich kam dann ein neues Gesetz, das die Familienzusammenführung mit Drittstaatsangehörigen erst im Alter von 21 Jahren erlaubt. Schon wird kollektiv bestraft, obwohl man noch gar nicht weiß, wie viele betroffen sind. Dieses Gesetz gegen alle schränkt die Autonomie von Frauen ein statt ihre Selbstbestimmung zu stärken. Fekter daraufhin angesprochen in ihrer üblichen Stimmlage: „Meine dänische Kollegin hat aber gesagt, das Gesetz hilft gegen Zwangsverheiratung, sie haben gute Ergebnisse erzielt. Und außerdem bekomme ich damit auch gleich die Scheinehen in den Griff.“ Die eingeschränkte Freiheit von jungen Mädchen und die Abwertung von minorisierten Gruppen werden zu Kollateralschäden erklärt. Einfache Lösungen und erfolgreiche Wahlen brauchen leider einfache Antworten und klare Feindbilder.

„Yuh“, ist mein Kommentar. Ich weiß, schon wieder Türkisch. Aber das ist so ein schönes Wort, lassen sie sich das mal vorsagen, gar nicht schwer zum Lernen. Es ist ein türkischer Ausruf aus der Sprache mit den Tieren und Ausdruck der wirklichen Empörung nach dem Motto „Jetzt ist es aber genug!“ oder „Das geht jetzt aber zu weit!“. Das was der französische Erfolgsautor Stephane Hessel unter „Empört Euch“ zusammengefasst hat, liegt alles in dieser einen türkischen Silbe „Yuh!“

Fußnote:

[1] Das Türkische umfasst wie das Englische beide Geschlechter. Aufgrund des zeitlichen und ideologischen Hintergrunds erscheint die Übersetzung in männlicher Form angebracht.

Sabine Strasser

ist Sozialanthropologin, sie war zwischen 2007 und 2011 Associate Professor an der Middle East Technical University Ankara und ist ab Mai Universitätsprofessorin an der Universität Wien.

...IMMER DEUTSCHER

Zu Sprachenpolitik und Fremdenrecht in Österreich

Dani Rechling

Es ist ein Grundprinzip demokratisch verfasster Staaten individuelle Rechte zu garantieren. Auf der Ebene von Sprachenpolitik sind Sprachenrechte diese individuell zu verbürgenden Rechte. Das Recht der einzelnen Person, die jeweils eigene Sprache zu sprechen, in der Schule, im Gerichtssaal, unabhängig von Staatsbürgerschaft, Aufenthaltsdauer und Sprecher_innenzahl[1].

Für jeden Staat, für jede Nation sind eine oder mehrere Staatssprachen ein zentrales Element nationaler Identität. Im kollektiven österreichischen Bewusstsein ist die Konzeption von Einsprachigkeit als Selbstverständlichkeit tief eingeschrieben. Eine faktisch geringe Rolle spiel(t)en die anerkannten Amts- und Minderheitensprachen im Bezug auf den Prozess der Nationalisierung. Die Mehrheit des ‚Staatsvolkes' spricht die homogen gedachte Staatssprache. Die Vorstellung einer homogenen sprachlichen Welt strukturiert nicht zuletzt das Denken über Sprache (und Sprachvermittlung) selbst.

Sprache wird identitätspolitisch verhandelt und Sprachenrechte sind umkämpft. Immigrant_innen durchgehen Integrationsprogramme/Integrationszwangsmaßnahmen und sind konfrontiert mit sprachenpolitischen Regelungen, die länderspezifisch verschieden sind, je nachdem ob und inwiefern Staaten sich als Einwanderungsländer verstehen. Diese Regelungen unterscheiden sich hinsichtlich der gesetzten Funktionen von Sprache (ob) im Fremdenrecht/Staatsbürgerschaftsrecht bzw. in der Frage ob und welche Konzepte von Mehrsprachigkeit an Schulen und in Kindergärten umgesetzt werden. Gibt es ein Recht auf Herkunftssprachen-Unterricht, wie dies in Schweden beispielsweise der Fall ist? Welche Rolle spielt Mehrsprachigkeit als Prinzip in der Ausbildung von Pädagog_innen? Werden mehrsprachige Medien bereitgestellt? Etc.

Einwanderungsland im Deutschwahn

Verpflichtende Deutschkurse sind Teil des österreichischen Fremdenrechts. Die deutsche Sprache spielt eine wesentliche Rolle in Bezug auf die Vergabe von Aufenthaltstiteln.

Die Nicht-Absolvierung der sogenannten Integrationsvereinbarung (IV) bedeutet in Österreich die Gefährdung des Anspruches auf Aufenthalt (Niederlassung). Österreich definiert sich mittlerweile auf der diskursiven Ebene zwar als Einwanderungsland, d.h. bekennt sich im Rahmen des „Nationalen Aktionsplan für Integration" (NAP) zu „geregelter Zuwanderung" als ‚Notwendigkeit' in Hinblick auf demografisches und wirtschaftliches Wachstum, die gesetzliche Ebene aber bleibt verschärft und in Bezug auf Sprachenpolitik verschärft normativ – deutsch. De facto muss Österreich als Nicht-Einwanderungsland gelten, wenn die Gesetzeslage und die Verhandlung von Ein-Sprachenpolitik beleuchtet werden. Symptomatisch für Österreich ist daher, dass, wenn von Sprachkenntnissen die Rede ist, Deutschkenntnisse gemeint sind, dass Pluralismen grundsätzlich nicht wertgeschätzt werden. Die deutsche Staatssprache waltet in Österreich rigide als ein nationales Verbindungsstück, das die bestehende einsprachig-homogene Ordnung stützt. Und als ein Instrument der Fremdenpolizei. Dieser Staat Österreich nutzt den Zwang des Nachweises, um sich selbst kontinuierlich als Staat und Abstammungsgemeinschaft, als sprachlich-kulturell homogener Staat und Nicht-Einwanderungsland zu konstituieren. Eine produktive Macht also, die sich in restriktiver, die österreichische Varietät des Deutschen betonender Sprachenpolitik ausdrückt, in dieser Verknüpfung des einen mit dem anderen.

Wer ist in Österreich erwünscht?

Die erste Version der IV tritt am 1.1.2003 in Kraft, die zweite, verschärfte Version am 1.1. 2006 und künftig, laut des NAP, müssen Personen nun schon vor der Einreise nach Österreich A1-Deutschkenntnisse nachweisen.

Immigrant_innen, die die IV erfüllen müssen, sollen laut des NAP zukünftig ‚arbeitsmarkttaugliche' B1-Deutschkenntnisse (anstelle von bisher A2) nachweisen. Es ist eine weitere Verschärfung der sogenannten Integrationsvereinbarung.

Auf die Frage „Wer ist in österreich erwünscht?", gibt es eine gegenteilige Entsprechung in der Frage: „Wer ist in Österreich u.a. sprachenpolitisch diskriminiert?".

Der Staat schafft verschiedene Gruppen von Immigrant_innen, indem er Zuwanderungsgesetze beschließt. Immigrant_innen, die erwünscht sind, sind von den Auflagen zur Erfüllung der IV ausgenommen. Gleichzeitig produziert diese Bürokratie jene Gruppen, die u.a. sprachenpolitische Bedingungen erfüllen müssen. Jene, die als Neu-Ankommende – mittlerweile verschärft vor der Einreise schon – deutsch lernen müssen.

Beinahe alle österreichischen Parteien machen mit dem Thema Immigration/Integration direkter und indirekter, aber grauenvoll unverschämt Politik. Wähler_innen sind

Dani Rechling
leitet einen Pilot-Deutschkurs im LEFÖ-Lernzentrum, in dessen Rahmen neues Unterrichtsmaterial für die Sprachstufen A1, A1+ und A2 erarbeitet wird.

entzückt. Der bewusst politisch produzierte Anschein ist, es gebe unzählige Personen, die kein deutsch sprechen wollten, kein deutsch lernen wollten und die deshalb verpflichtet werden müssten, Deutschkurse zu besuchen. Eine ideologisch-rechtlich erschaffene Gruppe – ‚die Anderen' – die außerhalb des normativen ‚europäischen' ‚Wir' stehen, gegen die 'Stimmung' gemacht, gehetzt wird.

Wer sind nun andererseits die in Österreich erwünschten Personen, diese ausgewählte Gruppe von Personen, die sich den sogenannten IV-Prüfungen nicht unterziehen müssen – die als ‚integriert' gelten von vornherein, deren Anwesenheit erwünscht ist, deren diversitäres Wissen und/oder Sprachen Prestige haben, gebraucht werden? Die als Arbeitskräfte (gerade) gebraucht werden. Die als Arbeitskräfte den demografischen und wirtschaftlichen Mehrwert tragen?

Praktisch ausgenommen von der IV sind sogenannte Schlüsselarbeitskräfte und Studierende, die aufgrund ihrer Qualifikation die IV von vornherein erfüllen, sowie künftig vermutlich die, die in den Besitz der Rot-Weiß-Rot-Card[2] kommen. Asylwerber_innen (Anerkennungsquoten sind im Keller und der rassistische Diskurs um Asylpolitik ist ein eigener), Asylberechtigte, subsidiär Schutzberechtigte und andere, die keinen Aufenthaltstitel nach dem „Niederlassungs- und Aufenthaltsgesetz" (NAG) haben. Zuwander_innen, die erklären, dass ihr Aufenthalt die Dauer von zwölf Monaten innerhalb von 24 Monaten nicht überschreiten wird (Verzicht auf Verlängerungsantrag), EWR-Bürger_innen, Schweizer Bürger_innen und deren Angehörige, Angehörige von Österreicher_innen, die einen „Freizügigkeitssachverhalt verwirklicht haben". Alte oder kranke Menschen (amtsärztliches Gutachten), Kinder, die zum Zeitpunkt der Zuwanderung unter neun Jahre alt sind.

Spätestens wenn es aber zur Staatsbürgerschaftsbeantragung kommt, müssen alle Deutschkenntnisse nachweisen und Staatsbügerschaftstest ablegen. Insgesamt muss wiederholt von Festung Europa gesprochen werden, von einem Staat Österreich, der Migration auf illegale Wege leitet, weil Grenzen dichter und dichter gezogen werden.

Die Gesetze stützen das nationale, das bestehende österreichische Ordnung und Wissen tragende Projekt auf einer ‚äußeren' Ebene, während wir als DAF (Deutsch als Fremdsprache)-Unterrichtende diese Ordnung auf einer ‚inneren' Ebene tragen. Die ‚äußere' Ebene braucht eine Hilfs- und Unterstützungsstruktur, eine Pädagogik, die Kurse im Bildungsbereich, um die entsprechenden vorgesehenen IV-Programme umzusetzen. Es ist also sinnvoll, sich selbst als DAF/DAZ (Deutsch als Zweitsprache)-Unterrichtende über die eigene politische Haltung und Richtung zu befragen und als NGO darüber zu reflektieren.

Spielräume der Pädagogik

Wie positioniere ich als DAF/DAZ-Unterrichtende mich in dieser Funktion als ein wesentliches Element dieser stützenden Struktur und wie tun dies die NGO's? Wie etwa entscheiden sich die NGO's bezüglich der Frage IV-Kurse ja oder nein? Spielt die Frage, welche Bildungseinrichtung stattdessen IV-Kurse anbieten wird, eine Rolle in der Entscheidungsfindung? Wie positionieren sich die NGO's öffentlich-politisch? Und wir, die DAF/DAZ unterrichten: Wie gestalten wir den Unterricht? Wie bewerten wir die Sprachen und das Wissen der Teilnehmer_innen? Wie normativ ist unser Unterricht von den Inhalten her und der Sprache, die wir vermitteln? Welche Darstellungen und gleichzeitig Re-Produktionen von Gender, Nation, Kulturen etc. verwenden wir? Wie verorten wir uns in einem Binaritäten-Modell von richtig und falsch, österreichisch versus bundesdeutsch? Welches Verhältnis zur Sprache, die wir vermitteln, haben wir? Sind wir etwa stolz auf ‚unsere' nationale österreichische Varietät des Deutschen? Wie ist unser Umgang mit den vielen Sprachen im Kurs? In welchem Verhältnis stehen wir zu diesen Sprachen? Wie gestalten wir den Unterricht angesichts immer restriktiver werdenden Bestimmungen, eines zunehmend rassistischen Klimas, im Sinne von Sprach-Ermächtigung und nicht (‚weißer') Belehrung? Welche Aufgabe fällt mir angesichts dessen zwangsläufig zu, weil ich parteilich sein möchte? Spielräume bleiben… immer, selbst, wenn ich IV-Kurse unterrichte. Es ist die Frage des Arbeitens und Sich-Bewegens innerhalb eines restriktiven rassistischen, klassistischen Raumes, des stummen Verwaltens und Reproduzierens von ungleichen Diskriminierungs-Verhältnissen oder aber die Gestaltung eines ermächtigenden Raumes, die Entwicklung von Strategien zur Aneignung von Wissen und normativer Sprache als Macht. Und es ist zuallererst die Frage nach der eigenen Positionierung, vor allem wenn sich auch berufliche ‚Karrieren' in diesem Kursbereich verorten.

Der emanzipatorische Charakter von Sprachenpolitik beweist sich daran, inwieweit und ob Konzepte von Mehrsprachigkeit entwickelt und umgesetzt werden bzw. inwiefern sich ein Diskurs der Infragestellung des Homogenitätsprinzips von nationalisierter Sprache entwickeln lässt. Es ist endlich an der Zeit, Mehrsprachigkeit als demokratischen Grundwert anzuerkennen und das Recht auf Sprache als Grundrecht für alle rechtlich sicherzustellen.

Fußnoten:

[1] In Besitz von grundlegenden Sprachenrechten sind in Österreich lediglich Personen, die als österreichische Staatsbürger_innen den sogenannten anerkannten Volksgruppen ‚angehören'. Das österreichische Volksgruppengesetz ist strukturiert von der Auffassung, Minderheitenrechte seien an Boden und Territorium gekoppelte (historisch gewachsene – historisch legitimierte) Rechte. ‚Neue' Zuwander_innen, die sich einer der anerkannten Volksgruppen zugehörig sehen, bleiben von den Sprachenrechten dieser definierten Gruppen ausgeschlossen. Das Volksgruppengesetz verlangt für Sprachenrechte 25% Volksgruppenangehörige in einer Gemeinde. (Vgl. Franjo Schruiff: Ein Gesetz hat sich überlebt. Das Volksgruppengesetz 1976. In: STIMME von und für Minderheiten, 49/2003, S. 12 f.)

[2] Punktesystem anstelle von Quoten. Deutschkenntnisse bringen Bonus-Punkte neben anderen zu bewertenden Kriterien, wie Qualifikation, Berufserfahrung, Alter.

Offenlegung gemäß §25 Mediengesetz:

STIMME von und für Minderheiten ist das vierteljährliche Vereinsblatt der *Initiative Minderheiten* (Verein zur Förderung des Zusammenlebens von Minderheiten und Mehrheiten) mit der grundlegenden Richtung, gemäß §2 und §3 der Vereinsstatuten die Kommunikation und das Zusammenleben von Minderheiten und Mehrheiten durch die Selbstdarstellung von Minderheiten und ihrer Organisationen, durch Interviews, Erfahrungsberichte, wissenschaftliche Beiträge, Buch-, Periodika- und Tonträgerbesprechungen, aktuelle Nachrichten und Veranstaltungshinweise bzw. -berichte auf medialer Ebene zu fördern.
Die *Initiative Minderheiten* (Verein zur Förderung des Zusammenlebens von Minderheiten und Mehrheiten) ist Mitglied der *Bürgerinitiative Demokratisch Leben* (Medieninhaberin) und Herausgeber der Zeitschrift. Die Finanzierung der Zeitschrift erfolgt durch öffentliche Subventionen, Mitgliederbeiträge, Abonnements und freiwillige Spenden.
Die Adressen vom Medieninhaber und vom Herausgeber sind im Impressum (S.2) angeführt.

MEHR ALS EINE PRISE PROTEST

Nicht nur in Ländern des Mittleren Ostens macht die Bevölkerung ihrem Unmut Luft: Auch in China ging mit dem traditionellen Jahreswechsel am 3. Februar ein außerordentlich protestfreudiges Jahr zu Ende. Von Mai bis Juli 2010 legte eine Streikwelle für Tage Teile der Automobil- und Elektronikindustrie lahm. Den ArbeiterInnen gelang es in vielen Fällen auch wesentliche Verbesserungen durchzusetzen. Der Sammelband „Aufbruch der zweiten Generation" nimmt die Protestwelle zum Anlass, um einen genaueren Blick auf Arbeitsproteste in China zu werfen. Ende Dezember wurde das Buch in Wien präsentiert. **Alexandra Siebenhofer** *hat für* **Radio Stimme** *mit zwei Herausgebern und Übersetzern der gesammelten Aufsätze gesprochen.*

Radio Stimme: Der Sammelband trägt den Titel „Aufbruch der zweiten Generation" – was ist damit gemeint?

Daniel Fuchs: Migrationsbewegungen in China haben erst ab Mitte der 1980er Jahre begonnen. Jenen MigrantInnen, die in den 1980er und -90er Jahren in die Städte gezogen sind um Arbeit zu suchen, ging es vor allem darum, sich dort zurecht zu finden und nach einer gewissen Zeit wieder aufs Land zurück zu kehren. Die zweite Generation der WanderarbeiterInnen ist in den 2000er Jahren in die Städte gezogen. Sie haben andere Vorstellungen über ihr Leben dort – und das kommt jetzt in einer verstärkten Unzufriedenheit mit ihrer Situation zum Ausdruck.

Während es im zweiten Teil des Buches um die Proteste geht, werden im ersten Teil unterschiedliche Arbeitsfelder von WanderarbeiterInnen beschrieben. Hier geht es sowohl um reguläre als auch um irreguläre Arbeitsverhältnisse. Inwiefern sind diese überhaupt vergleichbar?

D. F.: In China sind alle Wanderarbeiterinnen prekär. Es gibt grundsätzlich keine formalen Organisationen, in denen Wanderarbeiterinnen in den Städten organisiert wären. Nach wie vor gilt das sogenannte *hukou*-System, ein Haushaltsregistrierungssystem, das dazu führt, dass die ländliche Bevölkerung in den Städten keinen Zugang zu vielen Dienstleistungen hat und nur befristete Aufenthaltsgenehmigungen für die Städte bekommen kann. Migration passiert daher oft informell und das wirkt sich auch in den Widerstandsformen aus.

Ralf Ruckus: Im Mittelpunkt steht für uns, welche Bewegungen dabei neu entstehen, inwieweit die ArbeiterInnen in der Lage sind, aus ihren täglichen Erfahrungen heraus Widerstand zu organisieren. Der Titel „Aufbruch der zweiten Generation" steht dabei tatsächlich für eine neue Streikbewegung, die schon um 2003 begonnen hat und im Jahr 2010 einen ersten Höhepunkt fand.

Arbeitsproteste sind aber in China der vergangenen zehn Jahre keine Seltenheit. Was ist denn das „Neue" an diesen Streiks im Frühjahr 2010?

D. F.: Spezifisch an 2010 ist zum einen, dass die Streiks in der Automobilindustrie begonnen haben. Das war zuvor in China ein Sektor, in dem es weniger Kämpfe gegeben hat. Ein zweites Spezifikum ist, dass sich diese Kämpfe auf andere Regionen und Branchen ausgeweitet haben – auch nicht das erste Mal aber doch in einem größeren Ausmaß. Und noch einmal spezifisch ist, dass diese Kämpfe ein großer Erfolg waren. Auch in den vergangenen Jahren gab es immer wieder gewisse Erfolge, aber diesmal wurden doch stellenweise 30 Prozent Lohnerhöhungen durchgesetzt.

R. R.: Ich glaube das Entscheidende ist, dass der chinesische Staat und die Unternehmer Angst gekriegt haben. Es ist offensichtlich geworden, dass dort eine Unzufriedenheit, eine Wut existiert, die sich ausbreiten kann, dass Leute voneinander lernen und sagen, „Jetzt streiken wir auch".

Lohnerhöhungen von 30 Prozent – wie erklären sich diese für europäische Verhältnisse doch recht „spektakulären" Erfolge?

R. R.: Ich wäre da ein bisschen vorsichtig. Das hört sich für uns natürlich wahnsinnig toll an, wenn Leute um 30 Prozent mehr Lohn kriegen. Aber erstens sind in China die Löhne sehr niedrig, und gerade in der Automobilindustrie hatten die Unternehmer auch große Profite um die Löhne so zu erhöhen. In anderen Industrien in China ist das nicht so. Zum anderen findet das Management immer auch Wege die Lohnerhöhungen wieder zu unterlaufen. Es gibt zum Beispiel Berichte darüber, dass die Löhne um 20 Prozent erhöht wurden und dann das Essen in der Kantine ebenfalls erheblich verteuert wurde. Außerdem gibt es momentan eine relativ starke Inflation von etwa fünf Prozent – bei manchen Lebensmitteln noch sehr viel mehr. Das heißt, ein Teil der Lohnerhöhungen wurde gleich wieder zurück genommen.

Gleichzeitig mit den erfolgreichen Streiks bei Honda haben sich beim Elektronik- und Computerhersteller Foxconn ArbeiterInnen aus den Firmengebäuden in den Tod gestürzt. Wieso war der Protest dort offensichtlich nicht so erfolgreich?

R. R.: Foxconn ist eigentlich aufgeteilt in viele Unterabteilungen, die auch regional voneinander getrennt sind. Das ist wie eine große Stadt mit einzelnen Fabrikzentren. In diesen Werken gibt es wieder verschiedene Produktionszentren und Produktionslinien. Dort gibt es schon viele, allerdings kleine Streiks, die oft nicht nach Außen dringen. Deswegen spielten diese bei der Diskussion über die Suizide keine große Rolle. Das sollte man durchaus kritisch diskutieren: In den Kampagnen der NGOs sind die Arbeiterinnen dann doch wieder hauptsächlich als Opfer aufgetaucht. Eine Zeitlang erschien es so, als wenn die hauptsächlich weibliche

Arbeitskraft bei Foxconn in der Elektronikindustrie keine Mittel findet, sich zur Wehr zu setzen – während die männliche Arbeitskraft bei Honda kollektive Kämpfe führt. Und das ist ein Bild, das so nicht stimmt.

Wie ist dieses Bild dann entstanden?

R. R.: Die UnterstützerInnen der Foxconn-Kampagne haben zwar darauf hingewiesen, dass die ArbeiterInnen durch das despotische Managementregime extrem ausgebeutet werden, sie haben aber aus taktischen Gründen darauf verzichtet zu sagen: "Ja aber – das sind Subjekte, die kämpfen und wir unterstützen jetzt ihre Form des Widerstands und wollen sie nicht einfach als Opfer sehen". Wenn NGOs darauf angewiesen sind dass ausländische Geldgeber sie finanzieren, damit sie etwa Rechtsberatung machen können, dann müssen sie auch ein gewisses Bild produzieren, damit sie das Geld überhaupt bekommen. Man bekommt von ausländischen Geldgebern, Kirchen, Gewerkschaften kein Geld, wenn man sagt: "Das sind selbstständige Subjekte, sie führen ihre Kämpfe, verändern ihre Welt und wir wollen das einfach unterstützen". Geld gibt es, wenn man sagt, die sind arm dran, ausgebeutet, wissen nicht Bescheid und wir müssen sie ausbilden oder ihnen irgendwelche Sachen zur Verfügung stellen.

Aber welche Möglichkeit gibt es dann eigentlich für jemanden in Europa, chinesische ArbeiterInnen in ihren Kämpfen zu unterstützen?

R. R.: Erstmal müssten wir darüber reden, wie wir uns selber sehen. Man kann natürlich die Haltung einnehmen, dass man einfach KonsumentIn ist. Wir sollten uns aber auch als TeilhaberInnen an diesem Prozess von globaler Ökonomie wahrnehmen. Wir sind selbst ArbeiterInnen – und wenn ich mich dann auf ArbeiterInnen und deren Kämpfe beziehe, möchte ich erstmal sehen: Welche Verbindungen gibt es, welche Gemeinsamkeiten, welche Unterschiede? Das ist für mich der zentrale Punkt: dass die ArbeiterInnen in China ein Gesicht bekommen, als Subjekte.

D. F.: Ich fände wichtig, Austausch zu organisieren – und zwar in beide Richtungen. Mit den WanderarbeiterInnen zu reden, welche Kämpfe es beispielsweise auch in Europa oder überhaupt global gibt und welche Gemeinsamkeiten bestehen. Solidarische Bezüge überhaupt möglich zu machen.

Zurück zum Buch: Es versammelt Artikel chinesischer und US-amerikanischer WissenschafterInnen. Ihr verweist aber selber darauf, dass es auch schwierige Aspekte in diesen Aufsätzen gibt. Problematisch ist z.B. die stellenweise einseitige Beschreibung der Mao-Ära. Was würdet ihr LeserInnen für diese Stellen mitgeben?

R. R.: Aufmerksam und kritisch lesen und „verdächtige" Stellen später genauer recherchieren. Wir fanden eine lange Kritik dieser verharmlosenden Schilderungen oder Interpretationen im Buch unpassend, eine Warnung und Aufforderung zum kritischen Lesen aber notwendig. Innerhalb der chinesischen „Linken" – und vor allem auch innerhalb „linker" chinesischer SozialwissenschaftlerInnen – gibt es tatsächlich einige staatsfixierte, neo-maoistische Gruppen, die dazu neigen, die maoistische Klassenherrschaft zu verklären. Bereits mehrere Bücher und Texte von VertreterInnen derartiger Positionen wurden ins Englische übersetzt. Ich denke, dass diese Positionen ein Stück weit auch vor dem Hintergrund des hegemonialen Diskurses über die Mao-Ära innerhalb Chinas und der damit verbundenen Schwierigkeit einer chinesischen „Linken", radikalere Positionen einzunehmen, zu verstehen sind. Gleichzeitig drückt sich darin aber auch eine gewisse Perspektivlosigkeit bei kritischeren AutorInnen aus. Unsere Kritik – und die der chinesischen AutorInnen im Buch – gilt der kapitalistischen Ausbeutung der verschiedenen ArbeiterInnengruppen im heutigen China. Das hat aber nichts mit einer Rückkehr zum maoistischen Sozialismus zu tun.

Pun Ngai, Ching Kwan Lee u.a.: Aufbruch der zweiten Generation. Wanderarbeit, Gender und Klassenzusammensetzung in China. Hg. v. Daniel Fuchs, Ralf Ruckus und Frido Wenten. Assoziation A: Berlin/ Hamburg 2010. 296 Seiten; € 18,00
ISBN 978-3-935936-93-4

Diese Nachlese basiert auf der Radio Stimme-*Sendung vom 1. Februar 2011, abrufbar im Sendungsarchiv* www.initiative.minderheiten.at

Alexandra Siebenhofer
ist Redakteurin bei Radio Stimme

das politische magazin
abseits des mainstreams
auf den freien radios in österreich

Radio Stimme
Die Sendung für KopfhörerInnen

www.initiative.minderheiten.at
WIEN - KÄRNTEN - INNSBRUCK - BLUDENZ - GRAZ - SALZBURG - LINZ - SALZKAMMERGUT

An Oğuz Uğur Olca, Advokat

SEHR GEEHRTER HERR OLCA,

Sie sind nicht nur Rechtsanwalt, sondern auch ein tapferer Kämpfer für Menschenrechte, wie man wohl kaum einmal einen erlebt, für Minoritäten!

Unsere erste Begegnung in Istanbul beim Absolvententreffen des St. Georgskollegs war fast schicksalhaft: Sie, kein Absolvent unserer Schule, ich zufällig, wieder meinem Fern-Heimweh gefolgt. So ergab sich ein Gespräch, wobei Ihre ausgezeichneten Deutschkenntnisse die stabilere Brücke sind, als mein Küchen-Türkisch. Es kamen Themen zur Sprache, die weitere Brücken zwischen uns schufen. Ein Kollege in St. Georg musste vor Jahren wegen recht unsensiblen Umgangs mit der Kurden-Frage seinen Dienst am Kolleg quittieren; Sie engagieren sich für Benachteiligte der Gesellschaft, exponieren sich couragiert, auch für Kurden, sowie in der ebenso heiklen Armenierfrage. Diesem Ihrem Einsatz – auch für die Roma – kann ich nur größte Bewunderung zollen – Themen und Anliegen, die uns ebenfalls verbinden. Wobei mein Einsatz und Interesse, durch mein Curriculum und die Mitgliedschaft bei der Initiative Wenigerheiten mitgeprägt, auch egoistische Ziele verfolgt, Forscherdrang, das Entdecken unbekannter Kulturen, Literaturen, interessanter Menschen und Lebensläufe. Tatsächlich habe ich einiges gefunden, z.B. durch Publikationen und eine Vorlesungsreihe nachzuweisen versucht, dass österreichische Literatur nicht ausschließlich in den Bereich der Germanistik fällt; sie ist vielsprachig. Aber was ist das im Vergleich zu dem, was Sie geleistet haben, deshalb habe ich Sie immer wieder mit mir nahestehenden Leuten heimgesucht, um sie mit Ihnen bekannt zu machen. Was es aber in der Türkei meiner Erfahrung nach kaum bis nicht gibt, ist diese fast professionelle Ausländerfeindlichkeit, wobei Islamophobie bis Islamfeindlichkeit, die besonders türkische MigrantInnen bei uns schwer trifft, Minarettstreit, Kopftuchdiskussion – anscheinend nicht nur eine österreichische Spezialität ist, mir aber sehr peinlich.

Vor Weihnachten eröffnete ich in meinem Atelier im Karrnerwaldele die Ausstellung der Romni Ceija Stojka, „KZ-ALPTRÄUME“, erschütternde Zeichnungen, in denen sie ihre traumatischen KZ-Erlebnisse in Bergen-Belsen und Auschwitz, die sie bis heute bis in ihre Träume verfolgen, verarbeitet. Nur mit unglaublichem Glück, den nahrhaften Blättern eines Baumes im Lager und der Lüge, dass sie bereits 16 sei, dabei erst zwölf, konnte sie als eine der wenigen ihrer Sippe überleben, nicht ihr Vater und Bruder Ossi. „Die Alirten waren unsere Bevreier“ heißt das einzige glückliche Blatt dieser schwarzen Serie, das auch den Stand ihrer Orthografie aufzeigt: Sie hat nur etwa eineinhalb Jahre die Schule besuchen können. Wenn man ihre Gedichte liest, z.B.: aus „Meine Wahl zu schreiben – ich kann es nicht!“, EYE Literatur der Wenigerheiten, 2003, ist man gepackt von ihrer Ausdruckskraft, dasselbe gilt für ihre autobiografischen Romane und Bilder. Über 100 Schülerinnen und Schüler u.a. besuchten die Ausstellung, um die zu Bildern gewordenen KZ-Greuel und den hohen Stand ihrer rein autodidaktisch erworbenen Kunst zu erleben. Ceija ist als Zeitzeugin an Schulen, Universitäten, aber auch als Künstlerin international gefragt – inzwischen Prof. hc.. Ihre Werke sind 2012 ab Ende Jänner im jüdischen Schneidertempel, ganz in Ihrer Nähe, zu sehen.

Blaue Moschee, mehrfarbiger Siebdruck 2000 © Gerald K. Nitsche

Als ich im November in Istanbul war, erhielt ich von Ilija Jovanovic, einem Rom aus der Gegend von Belgrad, der seit Jahrzehnten in Österreich lebt und im Vorstand der Initiative Minderheiten und im Romano Centro tätig ist, einen Anruf. Wir wollten seine Anthologie „Bündel“, EYE 2001, neu auflegen. Wenige Tage später kam die traurige, schockierende Nachricht, obwohl ich von seiner schweren Erkrankung wusste, dass er gestorben ist. Ein klein wenig tröstet mich, dass ich im Herbst bei der Ringvorlesung an der Universität Innsbruck über Fahrende ein Gedicht von ihm vorgetragen hatte.

Das Bettelproblem in Graz, wo wir gerade zu Besuch sind, ist keins von Graz, sondern Zeichen ungerechter Verteilung, dort arm, hier reich. Die meisten der BettlerInnen sind Roma aus der Slowakei. Wenn man ihre Lebensbedingungen kennt, wundert es einen nicht, dass sie in den reichen Westen kommen, der wir ja sind. Und jetzt soll ein Bettelverbot von sogenannten sozialen bzw. christlichen Parteien verhängt werden. Nicht das Betteln, sondern die Armut muss bekämpft werden!

Univ.-Prof. Dr. Wolfgang Benedek, Obmann von *World University Service Austria* in Graz, reagierte darauf so: „Ich erlaube mir daher, das mir verliehene Große Ehrenzeichen zurück zu geben, bis der steirische Landtag oder der österreichische Verfassungsgerichtshof das generelle Bettelverbot aufhebt. Für diese Zeit möchte ich auch meine Mitwirkung in der Auswahlkommission des Menschenrechtspreises der Steiermark einstellen, da ich der Auffassung bin, dass der Landtag mit dem heutigen Beschluss das moralische Recht, Menschenrechts- Preise zu vergeben, verloren hat.“

Viel wäre noch zu berichten – bis Mai, beim Galataturm!

Gerald Kurdoğlu

DIE ZUKUNFT DER ÖSTERREICHISCHEN BUNDESBAHNEN

Erwin Riess

Der Dozent traf Groll am Floridsdorfer Bahnhof. Groll hatte seinen Freund zu einer Aussprache gebeten, die Sache dulde keinen Aufschub, sagte er, es gehe nicht nur um Grolls Gesundheit, sondern auch um die Zukunft der österreichischen Bundesbahnen, somit auch um die Zukunft des heimischen Budgets. Solcherart habe man eine europäische Frage vor sich, an der die EU durchaus scheitern könne. Es sei also wichtig, dass sich der Dozent umgehend auf dem Franz Jonas-Platz im Buffet „Zum rußigen Stellenwärter" einfinde.

„In den letzten Monaten hatte ich Gelegenheit, einige Male mit den ÖBB zu reisen" eröffnete Groll. „Nachdem ein Freund mir die Schleichwege zum richtigen Bahnsteig gezeigt hatte, wartete ich auf den modernen Zug. Wie sehr freute ich mich, als die stolze Garnitur in den Bahnhof rollte! Ich stand auch schon vor jenem Waggon, der mit einer wagengebundenen Hebebühne ausgerüstet war. Allerdings erwies die Elektronik der Hebebühne sich als defekt, was den Zugbegleiter aber nicht wunderte, das sei der Normalfall, sagte er achselzuckend und funkte nach einer von Hand zu bedienenden Hebeplattform. Diese war auch in zehn Minuten vorhanden, man kurbelte mich hinauf wie einen russischen Tanzbär, dann ging die wunderbare Fahrt durch den Wienerwald los. Dass die Sorge um das Wohl der Kunden so weit geht, den Fahrgästen den Anblick von schmutzigen Hinterhöfen, trostlosen Feldern und deprimierenden Einfamilienhäusern durch die Anbringung kilometerlanger Betonwände zu ersparen, versetzte mich in Begeisterung."

Er müsse Grolls Begeisterung dämpfen, sagte der Dozent. Was dieser beschreibe, seien keine ästhetischen Paravents sondern Lärmschutzwände.

Groll zeigte sich von dem Einwand unbeeindruckt und fuhr fort.

„Am 1. Dezember des Vorjahres fuhr ich dann mit der Bahn von Klagenfurt nach Innsbruck. Es war der Tag des großen Schneefalls. Die Tatsache, dass der Waggon noch aus den Nachkriegsjahren stammte, war nicht weiter schlimm. Es gab zwar keinen Speisewagen, dafür aber eine intakte Behindertentoilette. So zuckelte ich nach Bad Gastein hinauf, erfreute mich an den leerstehenden Hotels und den meterhohen Schneewächten und genoss die Strahlen der Wintersonne. Als ich in Salzburg ankam, machte ich mich startbereit, denn für den Umstieg standen nur zwölf Minuten zur Verfügung. Mit dem Rollstuhl auf einer riesigen Bahnhofsbaustelle und mit Hebeplattformen, die auf jedem Bahnsteig erst herangekarrt werden müssen, eine knappe Sache."

„Das ist schlimm", meinte der Dozent.

„So schlimm auch wieder nicht", entgegnete Groll, „denn der Zug hatte zwei Stunden Verspätung. Eine Weiche war eingefroren. Schlimm war allerdings, dass der Zug zweimal auf einem verkehrten Bahnsteig avisiert wurde. Was das mit den Hebeplattformen und einem Rollstuhl plus Gepäck bedeutet, können Sie sich ausmalen. Immerhin blieb ich in Bewegung und fror im Gegensatz zur Weiche nicht ein."

„Setzen Sie bitte fort!"

„Der Zug kam, er war überfüllt, und die Ausdünstungen der Fahrgäste sorgten für Wärme. Das war gut, denn die Heizung war ausgefallen. Es gab zwar einen Speisewagen, doch auch der hatte keinen Strom. An warmen Getränken gab es nur eiskaltes Bier."

„Scheint, dass Sie auf dieser Fahrt Pech für drei hatten."

„Es war nicht so schlimm", erwiderte Groll. „Aber die Rückfahrt am nächsten Tag, mit einem Umstieg in Schwarzach-St. Veit, die war lebensbedrohend. Nachdem wir durch die tief verschneiten Berge rund um Kitzbühel und Zell am See gerollt waren, hieß es auf dem eiskalten Schwarzacher Bahnhof wieder warten, eine Stunde hatte der Anschlusszug Verspätung. Wenn Sie einen Film drehen wollen, der in den dreißiger Jahren des vorigen Jahrhunderts spielt, empfehle ich diesen Bahnhof und die Männer in der verqualmten Bahnhofsrestauration. Der Vollständigkeit halber erwähne ich, dass es keine Behindertentoilette gab. Ich verstand bald, warum. Es war zur Eingewöhnung auf den Zug, der mit verdreckten, scheppernden Waggons aufwartete. Die Behindertentoilette war nicht benutzbar. So durfte ich neun Stunden ohne Toilette zubringen und stand eine davon auf dem verschneiten Bahnhof wartend in der Kälte. Dass ich mir nur einen Harnwegsinfekt zugezogen habe, zeugt von meiner guten Konstitution. Ein anderer wäre an einer Lungenentzündung krepiert."

„Was schlagen Sie nach diesen Erfahrungen vor?" fragte der Dozent interessiert.

„Eine Totalreform der Bahn in drei Punkten", erwiderte Groll. Erstens muss der Zugverkehr eingestellt werden. Zweitens muss die ÖBB sich ausschließlich auf den Busverkehr konzentrieren. Drittens soll sie sich ein Beispiel am größten Busbahnhof Europas, dem *İstanbul Otogarı*, nehmen. Es gibt dort 168 Bussteige und eine Million Kunden. Täglich."

Der Dozent schrieb eifrig mit.

„MEINE HEIMAT IST DORT WO ICH BIN“

Ilija Jovanović 1950–2010

Foto: © Mozes Heinschink

Ilija Jovanović war einer der gütigsten Menschen, die ich kennenlernen durfte; nie auf seinen eigenen Vorteil bedacht, sondern den Kopf voller Ideen, um sein Volk – die Roma – zu unterstützen. Ich durfte ihm helfen, einige dieser Ideen zu verwirklichen und es war eine intensive, spannende und manchmal auch chaotische Zusammenarbeit, aus der sich eine Freundschaft entwickelt hat.

Ich lernte Ilija durch Mozes Heinschink im Jahr 1989 kennen, als ich begann, mich mit der Kultur der Roma auseinanderzusetzen. Mozes kündigte mir einen außergewöhnlichen Rom an, einen der zwischen den Welten steht und Gedichte auf Deutsch und Romanes schreibt. Ilija war außergewöhnlich in vieler Hinsicht, und er sprühte geradezu vor Ideen. Seine tiefe Überzeugung war, dass das Volk der Roma über Kultur und Bildung seinen Weg aus der Diskriminierung heraus hin zur Anerkennung finden müsse. Das war die Triebfeder seines Handelns. Für mich als eine, die damals glaubte, mit Kulturveranstaltungen soziale Ungerechtigkeit bekämpfen zu können war Ilija ein idealer Gesprächs- und Aktionspartner.

Ilija hatte die Idee zur Veranstaltungsreihe „Ausnahmsweise Zigeuner – Kultur der Roma und Sinti“ (Malerei, Musik, Literatur, Film), entstanden bei einem inspirierenden und ausgedehnten Frühstück in der Küche der Hemeteks, bei dem Mozes Heinschink, Aladin Al-Serori, der Betreiber des Veranstaltungslokals Celeste, Herman Hemetek und ich beisammen saßen. Ilija, Mozes und ich setzten diese Idee auch tatsächlich um, im Mai 1990 im Celeste, und die gemeinsame Arbeit schweißte uns zusammen. Das Team erweiterte sich um Christa Stippinger und 1991 folgte die Veranstaltungsreihe „Volk ohne Rechte“ im Amerlinghaus.

Auf Ilijas Anregung hin gründeten wir gemeinsam mit anderen den Verein Romano Centro, dessen Obmann Ilija Jovanović über viele Jahre hinweg bis zu seinem Tod war. Viele der damals Aktiven, wie auch ich, hatten inzwischen das Handtuch geworfen, nicht so Ilija.

Ilija verstand immer beide Welten, die der Roma und jene der Nichtroma und er trug beide in sich. Aus dieser Position heraus kann man ein sehr guter Vermittler und Mediator sein, und das war Ilija zweifelsohne. Er sah sich nicht als politischen Menschen, er war es jedoch, sowohl durch seinen Aktivismus als auch durch seine Texte.

Bei den damaligen und vielen späteren Kulturveranstaltungen, an denen ich mitwirken durfte, hatte Literatur einen wichtigen Stellenwert. Ilija schob sich jedoch niemals in den Vordergrund. Er wollte Roma-Dichtern aus aller Welt ein Podium geben, nicht sich selbst. Seine Bedeutung als Literat ist unbestritten und das Schreiben hat ihn immer beschäftigt und auch geplagt. Er litt unter großen Selbstzweifeln und er hat es sich nicht leicht gemacht. Seine Gedichte sprechen von seiner Zerrissenheit, von seinem Leben in zwei Welten, von der Heimatlosigkeit. Sie sind sein Ventil um zu klagen und anzuklagen, er spricht vom Leid, von der Diskriminierung, von der Ausgrenzung. Seine berühmtestes Gedicht „Budño“ (Bündel) erschien 1991 im Band „Österreichische Lyrik und kein Wort Deutsch“ (Hg. Gerald Nitsche), der von der Initiative Minderheiten im Parlament präsentiert wurde. Ilija las damals Budño und es war ein sehr eindrucksvoller Auftritt, wie immer, wenn er dieses Gedicht rezitierte. Ich habe es viele, viele Male von ihm gehört und ich werde immer seine Stimme und Diktion im Ohr behalten.

Ilija war nicht unbeschwert und er nahm das Leben nicht leicht. Das Leben lastete vielmehr auf ihm, was äußere und innere Gründe hatte. Trotzdem war Ilija ein gütiger Mensch. Er brachte anderen Menschen grundsätzlich Achtung und Respekt entgegen. Bei jeder Roma-Veranstaltung, die ich organisierte oder moderierte, konnte ich mich darauf verlassen, dass er mir Mut zusprechen und meine Anstrengung anerkennen würde. Jetzt wird er nicht mehr da sein. Das letzte Mal habe ich ihn im Juni 2010 gesehen, als er die Veranstaltung des Vereins Romano Centro zur Gründung einer Roma-Musikschule eröffnete. Er war von seiner Krankheit bereits schwer gezeichnet, aber er war ganz begeistert, dass da etwas Neues entstand. Er kam auf mich zu und bedankte sich bei mir für meine Mitwirkung. Nun danke ich Dir Ilija, für Deine Liebe und Güte, und möge deine Heimat dort sein, wo Du jetzt bist.

Ursula Hemetek

Ich übersiedle, ich gehe weg,
hier gibt es mich nicht mehr,
ich gehe aus meinem Haus,
aus meinem Heim,
für immer
in die Ewigkeit, wo
ich kein Fremder bin,
kein Asylant.

Ilija Jovanović, im November 2010

Ilija Jovanović, *geboren 1950 in Rumska bei Belgrad. Frühe Affinität zur Literatur, Beschäftigung als Landarbeiter, Heirat, 1971 Übersiedlung nach Wien, Arbeit als Apothekenlaborant, österreichische Staatsbürgerschaft; politischer Aktivist, Obmann des Romano Centro, langjähriges Vorstandsmitglied der* Initiative Minderheiten. *Kontinuierliches Schreiben, zahlreiche Publikationen in Zeitschriften und Anthologien, zwei Gedichtbände:* Bündel-Budño *(EYE-Verlag 2000),* Vom Wegrand – Dromese rigatar *(Drava Verlag 2006), in Vorbereitung:* Mein Nest in deinem Haar – Moro kujbo ande ćire bal *(Drava Verlag 2011), gestorben am 25. November 2010.*

„JEDES MAL WENN DER TAG NEU GEBOREN WIRD …“

Erinnerungen an Ilija Jovanović

Es war in den 1990er Jahren. Ich fuhr immer wieder gerne nach Wien um an den Sitzungen der *Initiative Minderheiten* teilzunehmen. Diese Treffen hatten für mich etwas Befreiendes. Nicht zuletzt deshalb, weil es mir möglich war, über den Rand des provinzialistischen, deutschtümelnden, ethnisierenden und nationalistischen Gehabes des Kärntneralltags hinaus zu treten und mit Menschen zu sprechen, die für die Kärntnerverhältnisse eine abweichende, „nicht normale“ Biographie hatten. Das Planen und Diskutieren mit Andersdenkenden und -handelnden war zwar meist nur ein kurzes Verlassen der Kärntnerenge, aber es war entscheidend, um einen anderen Blick auf das eigene ethnische Umfeld zu bekommen. Bei einer dieser Sitzungen lernte ich Ilija Jovanović kennen.

Ilija war einer, dem es wesentlich um einen anderen Blick auf alle Formen und Zwänge von gesellschaftlicher Normalität ging. Er war jemand, dessen Biographie jenseits von allen sozialen, politischen und wirtschaftlichen Privilegien und Vorteilen war. Er war jemand, den schon die Herkunft markierte und stigmatisierte. Als Angehöriger der Roma versuchte er auf seine Art und Weise, nämlich mit seinen feinfühligen und oft von Traurigkeit erfüllten Texten, die Öffentlichkeit auf das Leid und die gesellschaftliche Erniedrigung seiner Volksgruppe aufmerksam zu machen. Nicht anklagend, aber deutlich und nie beschönigend.

Ilija war jemand, dem die anderen wichtig waren. Er wollte über die Situation der österreichischen Volksgruppen Bescheid wissen, obwohl er nur schwer annehmen konnte, dass zwischen den „alten“ und „neuen“ Minderheiten eine große rechtliche Kluft bestand und auch wusste, dass die minoritären Allianzen und Solidaritäten zwischen den beiden Gruppen wenig bis gar nicht sichtbar waren. Warum können die Minderheiten nicht gemeinsam auftreten? Warum begreifen sie nicht, dass sie gemeinsam für Menschenrechte und Minderheitenrechte eintreten sollen? Das waren oft seine Fragen in den persönlichen Gesprächen, auf die ich kaum eine entsprechende Antwort geben konnte. Mit einfachen Erklärungen gab er sich nicht zufrieden. Das Verstehen von historischen, politischen, sozialen und wirtschaftlichen Zusammenhängen war ihm wichtig. Als wollte er damit die politische Geographie dieses Landes endlich begreifen, um so eine Erklärung für den rassistischen Umgang der österreichischen Gesellschaft mit Roma und überhaupt mit den Minderheiten zu finden. Manchmal hatte ich den Eindruck, dass ihn diese Diskussionen noch trauriger und kleiner machten. Stumm haben sie ihn nicht gemacht, dafür hatte er seine unverwechselbare Poesie.

Ilija war jemand, der bei den Sitzungen der Initiative Minderheiten nicht das große Wort suchte. Seine Worte machten uns vielfach nachdenklich, weil er das benannte, was wir als „gelernte“ Österreicher und Österreicherinnen nicht sahen – nämlich das unterschwellige und fein verpackte Ausgrenzen der Anderen.

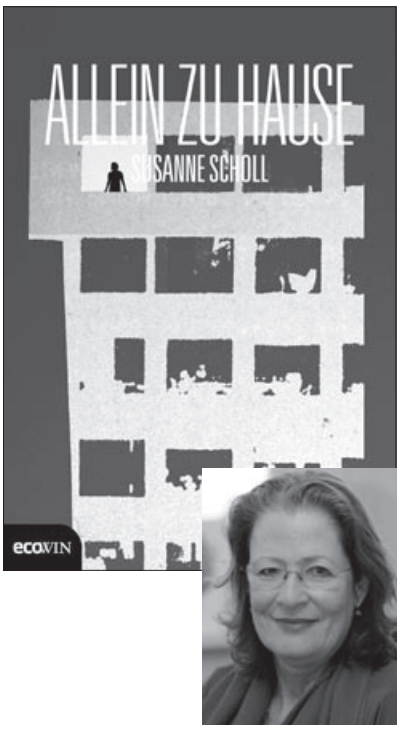
Danke Ilija, dass du ein Stück des Weges mit der *Initiative Minderheiten* gegangen bist.

Vladimir Wakounig

Ludwig Laher: Verfahren. Roman.
Haymon: Innsbruck-Wien 2011.
180 Seiten; € 19,90.
ISBN 978-3-85218-680-1

Susanne Scholl: Allein zu Hause.
Ecowin: Salzburg 2011.
176 Seiten; € 21,90.
ISBN 978-3-7110-0005-7

Ludwig Laher © Helga Laher-Reuer



Susanne Scholl © Ecowin

Es ist wohl einer der Zufälle, die man erfreut zur Kenntnis nimmt, dass nun fast gleichzeitig zwei Bücher erschienen sind, die sich auf hohem Niveau mit dem Thema „Situation der Asylanten in Österreich" beschäftigen: der Roman „Verfahren" von Ludwig Laher und die Dokumentation „Allein zu Hause" von Susanne Scholl, die vielen Menschen als ORF-Korrespondentin in Moskau ein Begriff ist. Beiden Büchern wünscht man, dass sie mit dem Egon-Erwin-Kisch-Preis ausgezeichnet werden, denn wie der „rasende Reporter" Kisch verbinden sie aufklärerische Dokumentation mit den an hohe Literatur zu stellenden Ansprüchen.

Ob die Geschichte von Roma-Gefangenen in einem Innviertler NS-Lager („Herzfleischentartung"), das Abgleiten einer slowakischen Romni in einen Strudel von Gewalt, Prostitution und Rauschgift („Und nehmen was kommt") oder das Leben eines Kindes mit Down-Syndrom („Einleben") – Ludwig Laher entnimmt seine Romanthemen nicht den Hochglanzseiten des Lebens. Um es in der Fußballersprache zu sagen: Dieser Autor geht dorthin, wo es weh tut! Mitunter auch dem Leser, der hier mit ungefilterter Realität konfrontiert wird. Wie kaum einer seiner Kollegen kommt Laher der Forderung Franz Kafkas nach: „Ein Buch muss die Axt sein für das gefrorene Meer in uns." Im Roman „Verfahren" beschreibt der Autor die Knochenmühle der heimischen Asylbürokratie, in die eine aus dem Kosovo geflüchtete, schwer traumatisierte junge Serbin gerät. Mit dem Stilmittel der Figurenrede werden Positionen ausgeleuchtet, zwischendurch besondere Rossknödel des Amtsschimmels angeführt. Das Gericht aus der Sicht einer Schreibkraft; ein Flüchtlingsanwalt; ein Richter des Asylgerichts; ein Flüchtlingskind des Jahres 1938, das knapp überlebt hat, in Kanada zu Wohlstand gekommen und nun als Menschenrechtsaktivist tätig ist; eine pensionierte Lehrerin, die für Amnesty International arbeitet – sie alle kommen ausgiebig zu Wort, dazwischen wird die tragische Geschichte der Asylwerberin erzählt, die Brandanschläge, Ermordung von Verwandten, Vergewaltigung und Selbstmordversuche mit Mühe überlebte. Der Autor – er taucht als „unbekannter Gesprächspartner" erstmals auf Seite 108 auf – verweigert ein Happy-End und lässt das Verfahren offen. Verfahren wäre auch ein passendes Adjektiv zur heimischen Asyl-Situation.

Susanne Scholl ist die Tochter einer assimilierten österreichisch-jüdischen Medizinerfamilie, die die NS-Zeit im britischen Exil überlebte. Es ist klar, dass ihr das Thema Umgang mit Asylanten schon aus persönlichen Gründen nicht fremd ist. Die Journalistin und Autorin präsentiert in „Allein zu Hause" Fallstudien von Flüchtlingen aus aller Welt, die in Österreich Zuflucht gesucht haben und nun in Zwischenwelten leben. Scholl im Vorwort: „Vielleicht sind jene, die verstehen, was es heißt, auf der Flucht alles zurückzulassen, nicht die Mehrheit in Österreich. aber ebenso wie die Flüchtlinge verdienen sie es, dass man ihnen zuhört." Es sind berührende Geschichten, die man hier liest. Beiden Büchern ist zudem gemeinsam, dass sie sich nicht mit aus der Ferne abgegebenen Schuldzuweisungen in Bürgerkriegssituationen aufhalten, sondern mögliche humanitäre Hilfe im Hier und Jetzt fokussieren.

Erich Demmer

NEUES GASTARBEITERTUM

Initiative Minderheiten (Hrsg.): Viel Glück! Migration heute.
Wien, Belgrad, Zagreb, Istanbul.
Mandelbaum Verlag: Wien 2010.
512 Seiten; € 29,90.
ISBN 978-3-85476-340-6

Viel Glück! Migration Heute startet mit einem Kapitel zum Verhältnis von Migration und Utopie. Der Verdacht, dass es sich dabei um eine programmatische Festlegung handelt, erhärtet sich angesichts der gegensätzlichen Positionen in den einzelnen Texten nicht. "Migration is the death of utopia", schreibt Orhan Alkaya und liefert damit gleich zu Beginn einen sehr politischen Beitrag. Bücher sollten nicht mit der Frage nach Utopien beginnen. Denn diese stehen nicht nur für die kritische Gegenwart und die imaginierte Zukunft, sondern sind auch Ventile für politisches Handeln. Und so bereitet es den Leser_innen Kummer, wenn die Utopie schon auf den ersten Seiten des Buches stirbt.

In der Gegenwart prallen Migrationsutopien und -realitäten aufeinander: Manche träumen davon, Migration vollends kontrollieren zu können, andere setzen sich für das Recht auf Bewegungs- und Niederlassungsfreiheit ein (Katrin Mc Gauran). Es gibt einerseits viele gesellschaftliche Akteur_innen, die vom Interesse, stattfindende soziale Ordnung zu konservieren, getrieben werden. Und anderseits gibt es jene, die bereits in dem Moment, in dem sie Grenzen überschreiten darin „Kerben einschlagen" (Hakan Gürses).

Viel Glück! Migration Heute bezieht Position in der Realität der Migration, indem es kritisches Wissen produziert und verwaltet: Rund 50 Textbeiträge, Zeitdokumente, Interviews und literarische Interventionen setzen dramaturgisch und gesellschaftspolitisch die Tradition der Ausstellung *Gastarbajteri* aus dem Jahr 2004 fort. Zu Beginn des Projektes stehen diesmal nicht neue Ausstellungen, sondern das Anliegen, eine transnationale Kritik der Migrationspolitiken zu formulieren. Das Ziel ist, Antworten auf die Frage „[...] nach dem Einfluss des europäischen Migrationsregimes auf globale Migrationsbewegungen und nationale Migrationspolitiken" (16) zu geben. Als Schilderung für das, was in diesem Buch geschieht, greift aber die hier formulierte Forschungsfrage zu kurz.

Die Heterogenität der Beiträge lässt vermuten: Die Wahl der Mittel war relativ frei – theoretische Zugänge, biographisch Erfahrenes, aktivistische Berichte, Interviews, Timelines usw.. Zentral für das Konzept bleibt der Blick auf die Zusammenhänge zwischen Österreich, Kroatien, Serbien und der Türkei. Einerseits wird damit gegen die „nationalen Begrenzungen von Forschungsfragen" (Sabine Strasser) gearbeitet. Anderseits machen die historischen Kontinuitäten und die politischen Dynamiken dieses Raums Brüche aber auch systemerhaltende Kräfte deutlich.

So beanspruchen sowohl aktuelle Diskurse rund um die „Nützlichkeit" der Migrant_innen als auch neue Lehrgänge über „Managing Migration" das Prädikat einer fortschrittlichen Vernunft im Umgang mit Migration für sich. Gewappnet mit Schneidertestbögen und Dokumenten aus dem Archiv der Wirtschaftskammer (Vida Bakondy), Interviews mit Teilnehmer_innen verpflichtender Sprachkurse in Istanbul (Dilman Muradoğlu), Daten über biometrische Verfahren (Renée Winter) und viel Unbehagen weisen die Autor_innen darauf hin, dass es um Machtverhältnisse geht, die stets „neues Gastarbeitertum" (Ljubomir Bratic) und Rassismus produzieren.

Die Rolle der EU bei dieser Entwicklung ist angesichts der komplexen Gesetzgebungen oft undurchschaubar. Auf der einen Seite steht für die EU-Länder die Harmonisierung des Migrationsrechts im Vordergrund. Andererseits haben Nationalstaaten weiterhin Spielräume für eigene gesetzliche Interventionen. Das Ergebnis fasst Joachim Stern als Hyperregulierung und Willkür zusammen. Aus diesem Grund werden in Buch anhand von Timelines rechtliche Bestimmungen auf nationaler und supranationaler Ebene thematisch gegenübergestellt und kommentiert. Damit wird im Buch ein Service gegen das Herrschaftsinstrument der „kodifikatorischen Komplexität" geleistet.

Einen wichtigen Kommentar zum Selbstverständnis von Migrationsprojekten bilden die Beiträge rund um Queer Migration. Die Verdichtung von Macht- und Herrschaftsmechanismen in dieser Migrationsrealität werde auch in kritischen Migrations- und

Antirassismusprojekten zu leicht ignoriert, schreibt Vlatka Frketić (415). *Viel Glück! Migration Heute* arbeitet gegen diesen Mangel mit einer Vielfalt von Textsorten und Beiträgen, die in aktuelle Diskurse und theoretischen Auseinandersetzungen eingreifen.

Viel Glück! Migration Heute präsentiert sich als Projekt jenseits von hegemonialen Paradigmen rund um „Integration" und „Diversität". Es schafft damit einen eigenen Rahmen für die Auseinandersetzung mit dem Thema „Migration". Die Publikation beschränkt sich nicht nur auf die wissenschaftliche Analyse, sondern greift auch auf literarische und politische Interventionen zurück. Dabei gelingt es den Mitwirkenden, eine spannende Dramaturgie zu entwickeln, die Gegensätze nutzt, ohne Raum für Illusionen zu schaffen: Die strukturelle Kritik von Katrin Mc Gauran in „Managing Migration" und die Nahaufnahme „Povratnici" von Horst Widmer sind Beispiele dafür. „Viel Glück!" auf den Weg in die Migration zu wünschen, ist nicht verkehrt.

Assimina Gouma

OFFENER AUSGANG

Ulrike Karner: Allah und der Regenbogen. Roman.
Ulrike Helmer Verlag: Sulzbach im Taunus 2010. 350 Seiten; € 19,95.
ISBN 978-3-89741-296-5

Ulrike Karners Debutroman „Allah und der Regenbogen“ ist ein gut geschriebenes, spannendes Jugendbuch. Hautnah sind die Freundschaften, Feindschaften, Konflikte und Konfliktbewältigungsstrategien unter den Jugendlichen in einer kleinen österreichischen Gemeinde geschildert. Differenziert dargestellt werden die Lebensumstände der Familien, aus denen die jungen HeldInnen der Handlung kommen: Das sind die „Lesbentochter“ Lena, die mit ihren beiden Müttern aufs Land gezogen ist, Tarık und Ebru, deren *Baba* und *Anne* aus der Türkei zum Arbeiten in dieses Dorf gekommen sind, und Mona, die Tochter des Chefs von Ebrus Vater. Sie alle besuchen dieselbe Schule in dem kleinen Dorf. Zwischen der sehr emanzipierten Mona und der Kopftuch tragenden Ebru entspinnt sich eine zarte, erfüllte erste große Liebe. Die andere, auch nicht von vornherein zu erwarten gewesene große Jugendliebe, die sich parallel dazu entwickelt, ist jene zwischen Ebrus Bruder Tarık und der „Lesbentochter“. Dass der Roman nicht damit endet, dass diese zwei Liebespaare, alle ihre inneren Hürden überwindend, zusammen gefunden haben, ist seine Stärke. Ebru und Mona werden als Lesben geoutet. Die Reaktionen ihrer beiden Familien werden naturgetreu abgebildet; wobei sich beide Familienväter als einander ebenbürtig an verunsichert patriarchaler Kleinkariertheit erweisen. Die jungen Paare – Ebru und Mona ebenso wie Tarık und Lena – werden durch den Einbruch der Erziehungsgewalt dieser väterlichen Autoritäten aus ihrer Liebesidylle brutal herausgerissen. Einen Selbstmord von Ebru können Lena, Mona und Tarık in letzter Minute verhindern. Lenas Mütter helfen – nach einer schier endlos langen Zeit der „Nichteinmischung“ – schließlich den Jugendlichen, so gut sie können. Vor der mit Hass und Vorurteilen aufgeladenen Stimmung im Dorf flüchten sie in die Großstadt zurück. Ebru findet vorübergehend in einer Wiener Jugendschutzeinrichtung Unterschlupf und wird das letzte Schuljahr vor der Matura in der fremden großen Stadt verbringen. So endet der Roman, ganz ohne verlogenes „Happy End“, sondern – viel besser –, mit offenem Ausgang für Ebrus weiteren Lebensweg.

Helga Pankratz

ZUM WEITERDENKEN UND WEITERREDEN

Alicia Allgäuer, Mary Kreutzer, Thomas Schmidinger (Hg.): ZusammenReden. Debatten über Integration in österreichischen Kommunen.
Verein Alltag Verlag: Wiener Neustadt 2010.
190 Seiten; € 19,90.
ISBN 978-3-902282-32-3

„Aber für was brauchen wir Integrationsgespräche? Wir haben überhaupt keine Probleme in der Gemeinde! [...] Ähhh, und außerdem wollen wir doch keine schlafenden Hunde wecken...“ – so lautete die ängstliche Reaktion eines niederösterreichischen Bürgermeisters auf den Vorschlag in seiner Gemeinde gemeinsam mit MigrantInnenorganisationen und der Caritas über Integrationsthemen zu debattieren. Eine andere Reaktion, so berichten die HerausgeberInnen der Neuerscheinung „ZusammenReden“, fiel wiederum klassisch rassistisch aus: „Integrationsgespräche? [...] Das einzige was ich brauche, sind weniger Asylanten!“. Letztendlich konnten doch Gemeinden gefunden werden, denen es um ein gutes Miteinander von MigrantInnen und Mehrheitsbevölkerung geht. Um Begegnung auf gleicher Augenhöhe und um gleiche Chancen und Rechte für alle. Um die Schaffung eines Diskussionsraumes, in dem auch die Konflikte angesprochen werden können.

Die Caritas führte 2009 und 2010 in Wiener Neustadt und in Baden öffentlich zugängliche Integrationsgespräche durch, in welchen die lokale Bevölkerung mit und ohne Migrationshintergrund sowie MultiplikatorInnen und MigrantInnenorganisationen die Gelegenheit bekamen, mit einem Podium von lokalen und akademischen ExpertInnen

über verschiedene Themen zu diskutieren. Auf Basis dieser transkribierten und redigierten Gespräche entstand ein Buch, das durch seine Gesprächsform der Integrationsdebatte ungewöhnliche Lebendigkeit verschafft. Rund 40 ExpertInnen diskutieren die neun Themen Migrationsgeschichte, Wohnen, Bildung, Arbeit, Geschlechterverhältnisse, Jugend, Religion, Nationalismus, Psyche und Trauma.

Neben den unterschiedlichen, teilweise auch entgegengesetzten Positionen der ExpertInnen berichten Menschen aus dem Publikum von ihren Erfahrungen und Problemen oder legen ihre Meinungen zum Integrationsprozess dar. Auch wenn es an Problemen nicht mangelt, wie etwa die fehlende Kenntnis der Muttersprache und die daraus resultierenden Schwierigkeiten beim Erlernen von Deutsch als Zweitsprache, werden BesucherInnen und ReferentInnen nicht müde immer wieder von positiven Beispielen zu berichten.

Ohne jene der Wissenschaft oft eigenen komplexen Rhetorik schafft das Buch LeserInnen mitzureißen und gleichzeitig wertvolle Erkenntnisse zu liefern.

Die Integrationsgespräche werden nun in acht weiteren niederösterreichischen Gemeinden fortgesetzt.

Karima Aziz

POLITISCHER ANTIRASSISMUS IST TOT!

Ljubomir Bratić: Politischer Antirassismus.
Selbstorganisation, Historisierung als Strategie und diskursive Interventionen.
Löcker: Wien 2010.
200 Seiten; € 19,80.
ISBN 978-3-85409-533-0

A: Sorry, Ljubomir, aber aus dem Heimspiel wird nichts. Du hast vielleicht gedacht, dass ich an dieser Stelle eine Hymne auf Dein Buch "Politischer Antirassismus" singen werde, zumal ich doch als Co-Autor mitverantwortlich für einen Artikel in diesem Buch bin. Aber weit gefehlt. Amen, ich sage Dir: Das Buch leidet an derselben Krankheit wie sein Inhalt. Politischer Antirassismus ist tot! Niemand versteht Dich. Zu intellektuell, zuviel Strategie. Die Buchpräsentationen, die Du im *Depot* und im *Semper Depot* gemacht hast, waren deshalb so gut, weil Du allgemein verständliche Geschichten erzählt hast. Das Buch ist eine Abstraktion von dieser Geschichte, es beleuchtet sie wie durch ein Facettenauge. Es erzählt unsere Geschichte, aber in einer Form, die nur jene verstehen können, die kämpfen wollen. Umso mehr, als es nicht ganz einfach ist, die aus dem Kontext gerissenen Artikel in den Kontext dieser Geschichte einzuordnen. Und selbst bei den Aktivist_innen bin ich in letzter Zeit nicht ganz sicher, ob sie das strategische Konzept des politischen Antirassismus verstanden haben.

L: Dein Versuch, eine Buchrezension als Konfliktinszenierung zu gestalten in Ehren, aber ich fürchte, das kauft Dir von den Stimme-Leser_innen niemand wirklich ab. Gibt es denn nichts Positives, was Du über das Buch sagen magst?

A: Ach Ljubomir! Ehrlich gesagt, bin ich grad etwas verzweifelt. Mir kommt es so vor, als seien wir theoretisch so viel weiter als in der Praxis. Nimm nur die Wahlwechsel-Idee: 2002 erfunden, und erst 2010 in einer Kampagne umgesetzt. Das Schreiben über Strategie hat die Eigenart, der eigenen Zeit voraus zu sein. Das Aufzeigen von Wegen ist nicht gleichbedeutend mit dem Beschreiten dieser Wege. Es wäre schon reizvoll, einen Lesekreis zum politischen Antirassismus zu gründen, denn ich erlebe in unserer politischen Szene einen eklatanten Mangel an Diskussion und Reflexion über unsere Geschichte, unsere Erfolge und Misserfolge gleichermaßen. Aber das viel größere Problem liegt bei den Umsetzungsmöglichkeiten. Strategien ohne Ressourcen bleiben leer. Vielleicht liegt darin eine Schwäche des politischen Antirassismus: Dass wir uns bislang viel zu wenig um Ressourcenfragen gekümmert haben. Es fehlen Artikel zur ökonomischen Dimension des politischen Antirassismus.

L: Du meckerst ja immer noch!

A: Hast recht. Die Geschichte des politischen Antirassismus ist im Grunde genommen eine Erfolgsgeschichte. Wir haben erreicht, dass es in der Linken und bei den Intellektuellen einen weit verbreiteten Konsens darüber gibt, dass Rassismus ein strukturelles Problem ist, das im Nationalstaat und im Kapitalismus wurzelt; und es sich nicht etwa um eine Krankheit handelt, von der nur ein paar Ewiggestrige am rechten Rand des politischen Spektrums befallen sind. Was wir allerdings bei allen unseren Angriffen auf den moralischen Antirassismus in der Vergangenheit vernachlässigt haben, ist die mobilisierende Kraft der Empörung. Wir haben den moralischen Antirassismus so sehr zu unserem Gegenpol gemacht, dass wir unsere eigenen Emotionen hinter der Analyse versteckt haben. Die Sicht der Dinge, wie sie sind, wirkt ernüchternd. Und dann passieren Dinge, die zumindest ich noch vor einem Jahr nicht für möglich gehalten hätte. Da wird stundenlang ein Polizeibus blockiert, um eine Abschiebung zu verhindern, dann muss die Innenministerin Fekter die Zwillinge wieder zurückholen und zu guter Letzt wird die Abschiebung eines jungen Mannes aus Guinea Conakry verhindert. Nach Jahren voll mit Rückschlägen war 2010 wieder mal ein gutes Jahr für den Antirassismus. Bin schon freudig gespannt, was uns im Revolutionsjahr 2011 erwartet.

L: Was ist los mit Dir? Zuerst verzweifelt, dann wieder freudig gespannt.

A: Das kommt davon, dass ich Dein Buch rezensieren soll. Geht mir offenbar nahe. Aber es sollte hier nicht um mich

gehen, sondern um andere potentielle Leser_innen. Die Begriffe des politischen Antirassismus haben sich in den letzten Jahren durchgesetzt. Allianzenbildung, Konfliktinszenierung, empowerment, etc.; eine ganze Generation von Aktivist_innen ist mit diesen Begriffen ausgehend von der Protestbewegung gegen Schwarzblau ab 2000 aufgewachsen; und die Studierendenbewegung 2009 hat diese Begriffe aufgegriffen und weiter verwendet. In der vorliegenden Zusammenstellung steckt allerdings wesentlich mehr, als mensch bereits kennt. Es ist ein Buch für jene, die hinter die Kulissen der politischen Szene-Begriffe blicken und das Konzept wirklich verstehen wollen. Antirassismus markiert eine zentrale Linie der gesellschaftlichen Auseinandersetzung im heutigen Europa. Wer ernsthaft politisch mitdiskutieren will, kommt daher nicht umhin, sich zu den Stärken und Schwächen des politischen Antirassismus Gedanken zu machen.

Andreas Görg

IM MÄRZ 2011

INFORMATION. RASCH. UMFASSEND.

- Die Arbeit der Bundesregierung
- Alles zum Thema Europäische Union
- Unterstützung und Beratung bei Amtswegen

ANRUFEN

Servicetelefon 0800-222-666

Montag bis Freitag 8-18 Uhr (gebührenfrei)

SCHREIBEN

Bundeskanzleramt, Bürgerinnen- und Bürgerservice

Ballhausplatz 1, 1014 Wien
Fax: +43 1 531 15-4274
E-Mail: service@bka.gv.at

HINGEHEN

Servicezentrum: HELP.gv.at

Informationen, Beratung und Unterstützung
zu E-Government und Bürgerkarte
Montag bis Freitag 9-17 Uhr
Ballhausplatz 1 (Eingang Schauflergasse), 1014 Wien

INTERNET

www.bundeskanzleramt.at

Erscheinungsort **Innsbruck** | Verlagspostamt **A-6020 Innsbruck** | P.b.b. **Bürgerinitiative Demokratisch Leben/Stimme-Nr:87** | Aufgabe Postamt **A-9020 Klagenfurt** | Zul.-Nr: **GZ 02Z031717** |
Rücksende Adresse: **Initiative Minderheiten** | Gumpendorfer Straße 15/13 **A-1080 Wien** |

tirol Kultur
bm:uk
kultur BURGENLAND
WIEN KULTUR